

Nach bei starker Durchfüh-
rungen Ratsschlages in diesen
Talonsteuer-Ertrag!
resse ist von den Aktien-
anstalten tatsächlich in
orden. Im Reichsanzeiger
die Inseratenseiten mit
in denen die Wertpapier-
noch nicht abgelaufenen
Juli, zwecks kostenloser
Bogen bei den Emis-
sion die Hoffnung nicht un-
toren des Reiches Mit-
diese Steuerhinterziehun-
n.
durch seine Stellungnahme
zum Bruch des Blochs
nationalen Zwecken ge-
sächlich beschränken, denn
stliche Gegensätze in ihm
gleichung diese Partei-
war. Wie der Abg. Dr.
führungen in dieser Be-
geleitet werden, in seiner
der Bloch, der aus
daß gewisse nationale
temen, unbedingt gesichert
ste, daß die Vorherrsch-
als nach Lage der parla-
rum zugefallen war, aus-
und dieses Ziel bleibt
erst Bülow hat aus dem
Er hat eine Verbindung
Parteien herbeigeführt
des Zentrums bei jeder
Das mußte früher oder
servativen, die in viel-
ung trennt und die im-
stliche Gegensätze
werden können, so lange
unserem deutschen Völke-
ationen führen, in denen
mehr möglich war. Eine
Bloch immer vorhanden
nis aufgebaut war auf
berichtigung, und
liberalen den Konservati-
99 hat es der Führer der
mer, ganz offen ausge-
sinnigen war, nicht bloß
nen, sondern daß sie die
g. mit liberalen
war nicht bloß im Reich,
es ja eine konservative
Kräften gestützt war.
nden, die von liberalen
erale Aera, die von kon-
die Welt noch nicht ge-
nur Fragen zur Lösung
gegenseitiger Konzeptionen
ung zwischen rechts und
Presse der Linken und
ange aber haben es offen
nur eine Vereinigung
ismus gewesen ist.
de in den Kreisen der
verdien die Ausfüh-
innige Abg. Dr. Bach-
r Tag" in Nr. 168 vom
da lauten:
Liberalen keine weiteren
zerbrach der Bloch. Nach
in Preußen das geheime
überdem stand eine Verbe-
stages und das Minister-
emin für den Parlamen-
während der nächsten
917 zu erneuernden Han-
ung erfahren.
an als den besonnensten
er antprechen kann, hat
Situation anlangt, den
ver auch mit seiner als
die Fort-
ine Ab schwächung
ndelsverträgen gebracht
worte aber muß diese
vers nachgerade klar-
der Bülowischen Bloch.
he gegangen ist —
urg am 30. März 1909
das geschahen infolge
Unfähigkeit des
ationen richtig zu
lten im Bloch von den
en kleinen Finger reich-
war auf die Dauer eine
enden und links-
ich in wirtschafts-
Steuergefühle gehören,
da und vort nicht be-
n. Wenn Häften und
r Bund der Landwirte
n. Wir wollen aber
eingetretene Sanierung
wartende Auffassung
gepolitischer Beziehung
amtlichkeit ein großer Ge-
Steuer kämpfen
nummehr auch wieder
denen Handel und
st neuen Auffassung
Bei einer Wertung der
ste von allen Freun-
würdigst werden, daß
em Völke eine gerechte
n zu verschaffen, durch
altung des Reiches ge-

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Verantwortlicher
Herrn Dr. J. H. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 180.

Bielefeld, Donnerstag, 5. August 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Der Generalstreik in Schweden.

Es kann jetzt als sicher gelten, daß auch die unorgani-
sierten Arbeiter sich in großen Massen der allgemeinen Ar-
beitsniederlegung anschließen, wie sie sich schon bei den voraus-
gegangenen Ausperrungen größtenteils mit ihren organisierten
Kollegen solidarisch erklärt haben und trotz aller Versprechungen
der Unternehmer nicht weiterarbeiten, sondern sich jetzt auch
noch der Organisation anschließen. Das Landessekretariat der
Gewerkschaften hat nun auch ein Manifest an die unorgani-
sierten Arbeiter herausgegeben, um ihnen allgemein
klarzumachen, daß es in ihrem wie im Interesse der gesamten
Arbeiterklasse liegt, den Generalstreik mit ganzer Kraft durch-
zuführen. Jeder nun unorganisierte Arbeiter, der sich bis spä-
testens den 15. August der Organisation anschließt, soll bei der
Abwicklung des Kampfes dieselbe moralische und ökonomische
Unterstützung erhalten, die den jetzt schon organisierten von der
Landesorganisation zuteil werden wird.

„Gibt den Nischenkampf mit 100.000 neuen Mitgliedern der
Landesorganisation abzugeben, als die würdigste Antwort auf
die jahrelangen Angriffe der Arbeitgeber gegen unsere Organi-
sationen und als eine weitere sichere Garantie einer guten und
für die Arbeiterklasse glücklichen Entscheidung. Eine unüber-
windliche Solidarität und Einigkeit in der ganzen Arbeiter-
klasse, das ist die Kraft, die nicht besiegt werden kann“, schließt
das Manifest.

Die Arbeiterkommune Stockholm hatte am Sonntag nach-
mittags eine Massenversammlung unter freiem Himmel ver-
anstaltet. Trotz strömenden Regens nahmen 10.000 Personen
daran teil, und begeisterte Stimmung für den Generalstreik be-
herrschte die ganze Versammlung. Unter den Rednern be-
fand sich als Vertreter der dänischen Arbeiterklasse der
Polstergewerkschaft Martin Olsen aus Kopenhagen, der ver-
sicherte, daß die Arbeiter Dänemarks gleich denen anderer
Länder alles tun werden, um ihre schwedischen Brüder zu unter-
stützen.

Die Kapitalistenklasse hat in Stockholm ein „bürger-
liches Schutzkorps“ organisiert, das vor allem auch dazu
dienen soll, Streikbrecherarbeit zu verrichten und im
übrigen natürlich die „Ordnung aufrechtzuerhalten“. Dieses
Gebilde ruft in der Arbeiterklasse, die ja schon ihre eigene
Schutz- und Ordnungsmacht organisiert hat, um so mehr Er-
bitterung hervor, als die bürgerlichen Schutzmannen und Streik-
brecher, 3000 Mann stark, mit lebensgefährlichen
Waffen ausgerüstet werden sollen.

Im übrigen ist in Stockholm schon Militär zur Besetzung
der Eisenbahnlinien und Brücken kommandiert, und auch in
den anderen Städten sowie den Industriezentren sind mili-
tärliche Vorbereitungen getroffen. Die Arbeiterklasse wird sich
aber sicherlich nicht zu irgendwelchen Dummheiten hinreißen
lassen, die derartige Maßnahmen rechtfertigen könnten. Die
Verwaltungen der Privatbahnen wie die der Staatsbahnen
schweben noch immer in der Ungewißheit, ob sie den Betrieb auf-
recht erhalten können, und wenden sich mit mahnenden und dro-
henden Worten an das Personal, unter keinen Umständen mitzu-
streiken.

In den Staatsbetrieben, wo die Arbeitsniederlegung keinen
oder nur geringeren Schaden verursacht als im Verkehrswesen,
zeigen sich die Betriebsleitungen ziemlich entgegenkommend. So
antwortete der Leiter der staatlichen Gießerei in Estlin-
burg der Deputation, die ihm den einstimmigen Streikbescheid
der Arbeiter überbrachte, daß er zwar dem Wunsch, den Betrieb
zu schließen, nicht entgegenkommen könne, daß aber gegen die,
die am Streik teilnehmen wollten, keine Maßregeln
ausgeführt werden sollten, sondern daß alle nach
Schluß des Streiks wieder willkommen seien.

Durch die Ausperrung in der Hüttenindustrie ist die Zahl
der ausgeperrten Arbeiter Schwedens auf mehr denn 83.000
gestiegen. In demselben Maße ist natürlich auch die Erbitte-
rung der Arbeiterklasse über die Generalstreik des Unternehme-
rens gewachsen, die Ueberzeugung, daß der Generalstreik un-
bedingt notwendig ist, um zu erträglichen Zuständen zu kommen.

Wolffs Bureau meldet aus Stockholm: Der Nachverein
der Reichstelephonarbeiter beschloß einstimmig, sich dem Ge-
neralstreik anzuschließen. Einzelne Kategorien festangestellter Be-
amter des Telefonwesens beteiligen sich dagegen am Streik
nicht. Die Stockholmer Milchfrauen beschließen, sich der Be-
wegung anzuschließen; jedoch hoffen die Milchhändler, die Milch-
versorgung der Stadt aufrechterhalten zu können. Wie „Dagen“
erfährt, beschloßen auch die Stockholmer Kommunalarbeiter, sich
dem Streik anzuschließen, ebenso die Beleuchtungs- und Müll-
abfuhrarbeiter. — Die Nachvereine in Malmö, mit Ausnahme
der Straßenbahnangestellten, beschloßen, sich dem Ausstände an-
zuschließen.

Stockholm, 4. August. Der Arbeiterausstand ist pro-
grammäßig erfolgt. Von den Arbeitern der Eisenhütten sind
20.000 in Ausperrung getreten. Der Massenstreik ist überall in
Vorbereitung. Nach den Arbeiterzentren wurde Militär ge-
schickt. Die Regierung erklärte eine Vermittlung für ausichts-
los; sie wird für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen, er-
kennt aber auch den guten Willen der Arbeiterführer an, selbst
Maßregeln zu treffen, um Ausperrungen vorzubeugen. Von
den Arbeitern werden überall Ordnungsmänner gewählt. In
Stockholm wurden 1500 Arbeiter bestimmt, die dafür zu sorgen
haben, daß die Disziplin unter den Ausständigen aufrechterhalten
bleibt. Bürgerliche Schutzwachen, die nötigenfalls bewaffnet
werden sollen, haben den Auftrag, unter allen Umständen öffent-
liche Beleuchtung und Reinigung, sowie auch die Geldinstitute
zu schützen. Die Polizei, die gleichfalls für Ruhe und Ordnung
sorgen soll, geht in einer ziemlich provokatorischen Weise vor.
Der Stockholmer Streikausstand hat hiergegen energischen Pro-
test erhoben. Das Spiritusverbot hat fast überall begonnen. —
Der Minister des Innern, Hamilton, droht den Eisenbahnern
mit Entlassung und Vorkürzungen, wenn sie sich den Streik-
ten anschließen. Die Haltung der Buchdrucker ist noch sehr un-
sicher. Alle übrigen Arbeiterkategorien werden sich unperzö-
nlich dem Massenstreik anschließen. Dieser wird dann auch schon
morgen eine ganz kolossale Ausdehnung erhalten.

Stockholm, 5. August. Der Massenstreik wurde Mitt-
woch mit imponierender Ruhe begonnen. Der Anmarsch ist
größer als erwartet worden war. In Stockholm haben sich die
Straßenbahner und Zählensbeizer angeschlossen. In den Straßen

sind große Menschenmengen, die sich durchaus ruhig verhalten.
Man sieht keine Drohten, nur vereinzelte Transporthagen.
Die Eisenbahner und Buchdrucker spenden 5 Kronen pro Mann
und arbeiten weiter, bis eine neue Wendung eingetreten ist, oder
eine lange Dauer des Streiks eine neue Stellungnahme er-
fordert. Die Arbeiter im Gaswerk arbeiten noch weiter, fordern
aber bestimmt, daß das Militär vom Arbeitsplatz entfernt wird.
Wenn das nicht geschieht, so werden auch sie in den Streik
treten, wodurch die Lage in Stockholm schnell ernst wird. Auch
die Totengräber haben die Arbeit eingestellt.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein Beitrag zur preussischen Verwaltungsreform liefert
der Vöner Professor Stier-Somlo in einer eben erschienenen
Schrift: „Zur Reform der preussischen Staatsverwaltung“. Er
weist auf die Schwierigkeit und Langsamkeit der Geschäfts-
führung, das Ueberwuchern der bürokratischen Gesichtspunkte,
die geradezu monströse Häufung der Verwaltungsbehörden hin-
zu und betont, daß die Verwaltung in Preußen bei weitem
nicht den Erfordernissen einer in Bezug auf Verkehr, Bevölke-
rungszahl, volkswirtschaftliche Probleme vollständig gewandelten
Zeiten entspricht. Er tritt vor allem für eine Verminderung
der Aufsichtsbefugnisse gegenüber den Kommunen und eine Er-
weiterung der Selbstverwaltung ein. Ueber die bürokratischen
Schattenseiten der Verwaltung sagt der Verfasser:

„Der Geist der Bürokratie, jenes Ueberhandnehmen
des Schreibeles, jene Langsamkeit und Schwerfälligkeit des
Geschäftsganges sind Symptome für die Tatsache, daß es den
preussischen Behörden nicht gelungen ist, gleichen Schritt mit
der Entwicklung der gesellschaftlichen Faktoren innerhalb des
Staatswesens zu halten, daß sie die beruflichen und wirtschaft-
lichen Formen unseres modernen Lebens weder zu sich in
Beziehung gesetzt, noch auch sich bemüht haben, eine einiger-
maßen zureichende Uebereinstimmung herbeizuführen. Diese
Langsamkeit führt dazu, daß das Publikum oft wochen-
und monatelang auf einen Bescheid warten mußte, der unter
normalen Verhältnissen längstens in wenigen Tagen hätte
erteilt werden können.“

Ein Bierkrieg in Berlin in Sicht. Nachdem schon in einer
Konferenz die allgemeine Preishöhung für Lagerbier verein-
bart worden war, haben in aller Stille weitere Verhandlungen
zwischen den Berliner Brauereien über die Durchführung der
Erhöhung in Groß-Berlin stattgefunden. Die dem Ring ange-
schlossenen größten Brauereien haben sich geeinigt. Sie haben
nicht nur einen festen Preis für Lagerbier vereinbart, sondern sie
wollen die Durchführung der höheren Preise dadurch sichern, daß sie
jede ringförmige Konkurrenz unterbinden und jeder einzelnen Berliner
Brauerei das Maß ihrer Produktion vorschreiben. Es handelt
sich also um die Schaffung eines regelrechten Bierkartells.

Nun stehen aber noch verschiedene Brauereien außerhalb des
Ringes, vor allem auch die von Gastwirtschaften gegründeten
Gemeinschaftsbrauereien. Diese Brauereien sind von den
Ringbrauereien zu einer Konferenz geladen worden. Man hat
sie vor die Wahl gestellt, entweder dem Ring beizutreten und
sich den Vorschriften über Bierpreis und Höchstproduktion zu
fügen oder sich durch die Macht des Ringes ruinieren zu lassen.
Den „widerpenigen“ Brauereien wurde in der Konferenz vom
Ring angedroht, man würde sie durch Kampfpreise und andere
Repressalien zwingen, sich dem Ring anzuschließen, wenn sie
nicht gutwillig folgten.

Sollte es zwischen den Brauereien zu keiner Einigung kom-
men, dann ist ein regelrechter Bierkrieg unermeldlich.

Der Vorentwurf eines Secunfallgesetzes, der bestimmt ist,
das Gesetz betreffend die Untersuchung von Secunfällen vom
27. Juli 1877 abzuändern, ist allen Interessenten zugewandt
mit dem Ersuchen, bis zum November ihre Ansichten und etwaige
Abänderungsvorschläge an das Reichsamt des Innern einzu-
reichen. — Die Grundlagen des geltenden Gesetzes sollen im
wesentlichen unberührt bleiben. Da sich für Untersuchungen der
Secunfälle die Formen des Zivilverfahrens wenig eignen, bringt
die Vorlage eine Anlehnung an das gerichtliche Strafverfahren.
Von einer allgemeinen Bezugnahme auf die Strafprozedur wird
jedoch Abstand genommen, um nicht den Charakter des Ver-
waltungsstreitverfahrens zu verwischen. Dem Vorstehenden des
Secunfalls sind ferner größere Bedeutung beigemessen; ander-
seits ist auf einen stärkeren Schutz der Beteiligten Bedacht ge-
nommen, indem für die Beweisüberhebungen außerhalb der Haupt-
verhandlung Parteipflichtigkeit gilt. Für die Entziehung der
Gewerbebefugnis soll es genügen, wenn der Inhaber als unzu-
verlässig für seinen Beruf erkannt wird, ohne daß gewartet werden muß,
bis er durch seine Unfähigkeit einen Secunfall wirklich herbei-
geführt hat. Zwischen der dauernden Entziehung der Gewerbe-
befugnis und der Abnahme von jeder Maßregelung des
Betroffenen ist eine Verwarnung eingeführt, wenn das Verhalten
noch unzulänglich war, ein Anlaß zur Entfernung aus dem
Beruf jedoch noch nicht vorlag. Gegen die Verwarnung steht
dem Betroffenen das Berufungsrecht zu. Diese Erweiterung
des Beschwerderechts hat zur Einführung einer bedingten Kosten-
auferlegung geführt, um das Oberamt gegen Ueberhäufung
mit ungerechtfertigten Berufungen zu schützen.

Konferenzen gegen Konföderation. In den „Deutschen Nach-
richten“ erklärt der Vorsitzende des Bürgervereins Blücher, Paul
Gmüelerski, daß der Bericht des Herrn Dr. Kaufhold über die
Bekämpfung der konföderativen Vorkämpfer von Groß-Berlin den
Tatsachen nicht entspricht. Die Mehrzahl der Anwesenden
seit mit der Haltung der konservativen Fraktion im Reichstage nicht
einverstanden gewesen. Der Bürgerverein hat an seine Mit-
glieder ein Zirkular geschickt. Es heißt darin u. a.: „Der Vor-
stand des Deutschen Bürgervereins Blücher kann die konföderati-
ven des Reichstags als konföderative Vertreter der Partei nicht
anerkennen. Da dieselben nur einseitige Interessenpolitik be-
treiben.“ Die Mitglieder werden gebeten, ihren in berechtigtem
Unmut gefaßten Beschluß, aus dem Verein auszutreten, vor-
läufig nicht auszuführen.

Sozialdemokratische Hofgänger in Württemberg. Genosse
Schred erwidert auf unsere geistige Bemerkung: Eine häßliche
Inimination kann es doch wohl nicht sein, wenn ich spottend
denen, bei welchen ich Mangel an demokratischem Empfinden
und Neigung für bösliche Akte voraussetze, den Rat gebe, sich
doch solchen bürgerlichen Gruppen anzuschließen, für die der
Verkehr bei Hofe Bedürfnis ist. Orden fallen nun einmal

solchen Herrschaften gelegentlich zu. Daß Sozialdemokraten
Orden angeboten bzw. verliehen werden könnten, — daran habe
ich wirklich nicht gedacht. Solch blutige Ironie fehlt allerdings
noch. — Der liebenswürdige Bemerker dürfte das von ihm
geleitete zitierte Sprichwort ruhig mir gegenüber dann in Er-
innerung bringen, wenn ich jemals an irgend einer bürgerlich-
nationalen Feier bzw. höflichen Veranstaltung teilgenommen
oder als Stoffage gedient hätte. Ich habe nie Neigung ver-
spürt, derartigen Veranstaltungen, selbst auch nur von weitem
beizuwohnen.

Die Arbeiten des preussischen Landtages. Wie eine Korre-
spondenz berichtet, sollen für den preussischen Landtag außer
dem Staatshaushaltsetat für 1910 eine Reihe von Gesetzen
in Vorbereitung sein. Die hauptsächlichsten sind der
Wassererhebungsgesetz, das Fischereigesetz, der Entwurf über die
Reorganisation der Generalcommissionen, das Wohnungsgesetz,
das Arbeitskommissionengesetz, das Gesetz über die Mittelschulen und
das über den Denkmalschutz.

Zu den neuen Vorlagen sollen sich dann noch einige andere,
altgewohnte gesellen. Dazu sei in erster Linie ein Eisenbahn-
anleihegesetz zu rechnen. Ob auch im nächsten Jahre dem Land-
tage noch ein Entwurf zur Bewilligung eines Kredits für die
Förderung der Wohnungsverhältnisse der staatlichen Arbeiter
und gering besoldeten Beamten unterbreitet wird, hängt von dem
Zeitmaß ab, in dem die für die ersten gewählten und noch nicht
angekauften Mittel zu dem angegebenen Zwecke wieder herge-
geben werden müssen.

Von einer Vorlage, die eine endgültige Reform des preussischen
Wahlrechts vorsieht, weiß die Korrespondenz nichts zu melden.

Gegen die Abg. Graf Dr. v. Driola und v. Herrnsheim, die be-
kanntlich aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten sind,
will man anscheinend mit dem Ausschluß aus der nationallibe-
ralen Partei vorgehen. Der Landesausschuß der preussischen nation-
alliberalen Partei wird voraussichtlich Ende August oder an-
fangs September zusammentreten, um über die Angelegenheit
Hehl und Driola Beschluß zu fassen.

Das nationalliberale „Mainzer Tageblatt“ schreibt hierzu:
„Unsere Parteifreunde in Stadt und Land dürfen über-
zeugt sein, daß aus unserem Wahlkreis nur solche Männer
zur Tagung des Landesausschusses nach Darmstadt entsandt
werden, die von dem festen Willen beseelt sind, klare Verhältnisse
in unserer Partei zu schaffen.“

Uebergangsabgabe eingeführt in Biele. Der Bundesrat hat
die Uebergangsabgabe von dem in die Norddeutsche Brauereier-
gemeinschaft Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothrin-
gen eingeführten Bier auf 5 Mk. für ein Hektoliter festgesetzt.
Die Verordnung tritt vom 1. August 1909 ab in Kraft.

Um vorläufige Steuerfreiheit zu erlangen, werden von den
Inhabern landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe von kommun-
alen und anderen Verwaltungen Beleuchtungsmittel verschiede-
ner Art, namentlich aber Glühlampen in ungenügend großer
Menge jetzt eingeführt. Demgegenüber weist die „Neue Polit.
Korrespondenz“ darauf hin, daß, wenn nach dem Vorlaufe des
Gesetzes die Vorräte von der Nachversicherung befreit sind, die
dem eigenen Haushalt des Besitzers dienen, darunter doch nur
die Vorräte für den Bedarf privater Haushaltungen zu ver-
stehen seien. Alle übrigen Vorräte müssen zur Vermeidung der
gleichen Strafen zur Nachsteuer angemeldet und versteuert
werden.

Vom russischen Erbfeind. Petersburg, 5. August. Die
„Vorlesung“ meldet aus sicherer Quelle, daß zwischen
Deutschland und Rußland ein kleiner Grenzkonflikt schwelt.
Zwischen Soldaten der russischen Grenztruppe und einem deut-
schen Jäger kam es zu einem Zusammenstoß auf deutschem Ge-
biet, wobei der russische Soldat den deutschen für einen Kaiser
hielt und entwarf. Die deutsche Regierung hat durch ihren
Vertreter in Petersburg den Vorfall zur Kenntnis der russi-
schen Regierung gebracht und gleichzeitig vorgeschlagen, den Fall
dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Dieser Vorfall
hat in Petersburg keine günstige Aufnahme gefunden. Die Er-
ledigung des kleinen Zwischenfalles ist nur eine Frage von
wenigen Tagen.

Wir können die Nachricht von diesem Vorfall deutscherseits
nicht glauben, er liege ja auf eine direkte Verhöhnung des Haager
Schiedsgerichts hinaus!

Der Talonsteuer-Skandal.

Ki Nach amtlicher Meldung erlassen die vom Bundesrat
jeden beschlossenen Ausführungsbestimmungen zum Reichs-
stempelgesetz auch die Gewinnanteilschein- und Zinsbogen,
welche nach dem 1. August zur Erneuerung solcher Bogen aus-
gegeben worden sind, denen nach Gewinnanteilschein- oder Zins-
antheilen, die also normaler Weise erst nach dem Inkrafttreten
der Talonsteuer auszugeben worden wären. Diese Ausführungs-
bestimmungen waren in den letzten Tagen häufig genug ange-
kündigt worden, es kann sich nur darum handeln, ob die Gerichte
sie mit dem Gesetz für übereinstimmend erklären werden. Der
Bundesrat scheint daran doch etwas zu zweifeln, denn es wird
widerum mitgeteilt, daß auch die Gesetzgebung nochmals mit
der Talonsteuer befaßt werden soll. Zur Vorbereitung eines
Gesetzesentwurfes sind die Behörden angewiesen, bis zum 1. Sep-
tember d. J. eine Liste derjenigen inländischen Gesellschaften auf-
zustellen, die in der Zeit vom 10. bis 31. Juli d. J. in der ge-
schätzten Weise neue Gewinnanteilscheine oder Zinsbogen vor-
gelegt ausgegeben haben. Biele haben Aktiengesellschaften, die
die Ausgabe neuer Gewinnanteilscheine angekündigt hatten,
obwohl die alten Bogen noch auf Jahre hinaus Geltung hatten,
einen Nachtrag angeordnet, sie lassen ihren Aktionären mitteilen,
daß der Plan der Ausgabe neuer Bogen fallen gelassen worden
ist. Teils sind sie der Meinung, daß die Gerichte die Talon-
steuer im Sinne des Bundesrats auslegen werden, teils re-
chneten sie damit, daß eine Novelle zum Reichsstempelgesetz die
verfügte Umgehung der Besteuerung illusorisch machen wird.
Diejenigen Gesellschaften, die neue Gewinnanteilscheinebogen aber
noch ausgeben, obwohl die alten zum Teil noch auf Jahre hinaus
laufen, werden dieses Vorgehen ziemlich teuer zu bezahlen
haben. Ein Unternehmen, dessen Gewinnanteilscheinebogen etwa
noch bis zum Jahre 1912 liefen, das zur Umgehung der Steuer
dennoch neue Bogen ausgab, wird einmal die Steuer für die
Jahre 1909 bis 1912 zu zahlen haben, die es sonst erparnt hätte,
dann erwachten ihm ferner Zinsverluste daraus, daß die Talon-
steuer schon im August für 10 Jahre gestrichen werden muß,
während sie sonst erst drei Jahre später zu entrichten gewesen
wäre. Daß der Schnapsbloch und die Regierung alle Hebel in

Inserationspreis
für die einseitige Beilage oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Aufnahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere
Inserate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Bestimmung sehen würden, um die Hinterziehung der Einkommensteuer zu unterbinden, war voranzutreiben, doch der Jubel der agrarischen Presse, daß die Steuerbrüderbewegung des mobilen Großkapitals erfolglos bleibt, schwächt die Lust nach ab, daß das schwarz-blaue Kartell in Gemeinschaft mit der Reichsregierung ein Gesetz einbrachte und annahm, dessen ursprüngliche Fassung eine Auslegung ermöglichte, bei deren Durchführung der Reichsfinanzminister in den nächsten 10 Jahren kaum 1 Pfennig zugeflossen wäre.

Freisinn Kampf nach zwei Fronten.

Die Königsberger „Hartungische Zeitung“ bespricht die eventuelle Einigung der drei liberalen Parteien und schreibt: „Bleibt als Hauptbedenken das Verhalten zur Sozialdemokratie. Hier kann es für den Liberalismus keine Schranke und keine Zweideutigkeit, kein Experimentieren und keine Illusionspolitik geben. Der Liberalismus würde sich selbst und seine Zukunft aufgeben, wenn er sich in seiner Stellungnahme zur Sozialdemokratie nicht treu bleibt. So, wie die Sozialdemokratie ist, kann es mit ihr keinen Pakt, keinen Waffenstillstand geben. . . . Die unverwundliche Gegnerin zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie ist eine Naturnotwendigkeit, über die kein Reden und Schreiben, kein Philosophieren und Debattieren hinweghilft. Das hindert nicht, daß im Parlament von Fall zu Fall, wie bei der Reichsfinanzreform, die gesamte Linke sich zu gemeinsamer Abwehr gegen die Reaktion zusammenschließt. Darüber hinaus aber gibt es keine Gemeinschaft zwischen Bürger und Sozialdemokratie. Wenn der Liberalismus aufhören sollte, mit derselben Entschiedenheit nach links wie nach rechts zu kämpfen, würde er Selbstmord begehen. Aber selbst, wenn die Führer kurzfristig genug wären, eine solche Barriere aufzubauen, die Wähler würden ihnen nicht folgen, sie würden sie im Stiche lassen. Die erste Entwicklung, daß Mittelstand und Bauernstand, daß Handwerk und Beamtentum sich wieder dem Liberalismus nähern, wäre im Keime erstickt, wenn der Liberalismus der Sozialdemokratie gegenüber keine Stellung aus nur um Haarsbreite verschieben würde. Hier also heißt es ein halt gebieten den Elementen, die das Heil des Liberalismus in einer Umarmung der Sozialdemokratie erblicken.“

In der „Hartungischen Zeitung“ hat sich von jeher das öfste Bananenfium, über welches der Freisinn verfügt, betätigt. Es war es ja auch, welche unseren Genossen Marxwald wegen des glänzenden Tillyer Denkmals denunziert hat. Ihre jetzigen Auslassungen wirken aber rein komisch. Ein Kampf mit Entschiedenheit nach rechts! Was soll man dazu sagen, nachdem dieser Freisinn nur durch den Rücktritt des Junktums, durch welchen er aus dem Bloß herausbefördert worden ist, davor bewahrt worden ist, mit diesem Junktum Hand in Hand die reaktionärsten Steuern dem Volke aufzubürden. Aber stets hat diese Sorte Freisinn, die in der Königsberger „Hartungischen Zeitung“ ihr Wesen treibt, um so mehr in Phrasen gemacht, je weniger sie Tatsachen aufweisen konnte.

Abgeordneter Giesberts als freiwilliger Regierungskommissar.

Der „Königschen Volkszeitung“ wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

Die sozialdemokratische Presse wehrt sich gegen die Feststellung, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag bei der dritten und entscheidenden Beratung des Tabaksteuergesetzes gegen die Bewilligung von 4.000.000 Mark Zuwendungen an arbeitslos werdende Tabakarbeiter gestimmt haben. Mit einem Schwall von Redensarten sucht die sozialdemokratische Presse darzulegen, das Zentrum habe den hier in Frage kommenden Antrag Giesberts und Genossen zwischen der zweiten und dritten Lesung dadurch verschleppt, daß die Entschädigungssumme auf 4.000.000 Mark fixiert wurde. Wahr ist daran nur, daß die Regierung dem Abgeordneten Giesberts bestimmt erklärte, daß zunächst über 4.000.000 Mark nicht hinausgegangen werden könne und daß infolge dieser Haltung der Regierung der Zentrumsantrag entsprechend abgeändert worden ist. Der Abg. Giesberts hat indessen im Plenum des Reichstags zur Begründung seines abgeänderten Antrages ausdrücklich erklärt, daß es sich eventuell nur um eine vorläufige Entschädigung handeln könne. Sollte sich im Herbst herausstellen, daß die Summe von 4 Millionen Mark nicht ausreicht, so würde der Reichstag mit einer Nachforderung an die Regierung herantreten müssen. Die Linke fiel sofort über den neuen Antrag Giesberts her und stellte eine Reihe Anträge auf Erweiterung der Unterstützung. Soweit diese Erweiterungsanträge sich mit den in einer Petition des christlichen Tabakarbeiterverbandes aufgeführten berechtigten Wünschen der Arbeiter deckten, haben auch die christlich-sozialen Abgeordneten, u. a. Schiffer und Schirmer, denselben zugestimmt. Allein diese Anträge wurden von der Mehrheit im Reichstag mit Rücksicht auf die Erklärung der Regierung abgelehnt, so daß nur der Antrag Giesberts, welcher 4.000.000 Mark Zuwendungen an etwa arbeitslos werdende Tabakarbeiter forderte, übrig blieb. Bei der endgültigen Entscheidung in dritter Lesung stimmten dann die Sozialdemokraten geschlossen gegen diesen Antrag. Sie handelten somit nach ihrem alten Grundsatz: Alles oder nichts! Wenn die Mehrheitsparteien nicht eine vernünftige Politik getrieben hätten, so würden die 4 Millionen Mark den Tabakararbeitern verloren gegangen sein. Den Sozialdemokraten hat die Tabakarbeiterchaft weiter nichts zu danken als Redensarten und wertlosen Radikalismus.

Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen den Antrag Giesberts in dritter Lesung gestimmt, weil dieser Antrag eine Verschlechterung des in der zweiten Lesung angenommenen Antrages Giesberts darstellte. Der Antrag Giesberts, der in der zweiten Lesung angenommen worden war, sah vor, daß die infolge der Einführung der neuen Steuern arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter 1/2 ihres Lohnes als Entschädigung erhalten sollten. Der Antrag, den Giesberts in der dritten Lesung einbrachte, sah vor, daß höchstens 4 Millionen für die Unterstützung der Tabakarbeiter verwendet werden sollten, eine Summe, die eine halbwegs ausreichende Unterstützung der Tabakarbeiter nicht ermöglicht. Die sozialdemokratische Fraktion hat also hier nicht, wie in der Zukunft behauptet wird, nach dem Grundsatz gehandelt: „Alles oder nichts“, sondern sie hat versucht, eine Verschlechterung abzuwehren. Wenn die Tabakarbeiter jetzt nur eine „Unterstützung“ bekommen, bei der sie verhungern können, so müssen sie sich beim Zentrum und ihren übrigen christlichen Freunden bedanken. Wäre das Zentrum festgeblieben und hätte an den Beschlüssen der zweiten Lesung festgehalten, so wären sie Geseß geworden. Denn die Regierung hatte die Finanzreform daran sicher nicht scheitern lassen.

Es ist eine faule Ausrede, daß, wenn die 4 Millionen Mark nicht ausreichen, mit einer Nachforderung an den Reichstag herantreten werden könne. Die Einnahmen aus den neuen Steuern werden so erheblich hinter den Voranschlag zurückbleiben, daß die Regierung einen solchen Antrag damit beantworten wird, daß sie erklärt, es seien keine Mittel dafür vorhanden. Aus der Erklärung, es seien keine Mittel dafür vorhanden, ist klar hervor, daß das Zentrum die Interessen der Tabakarbeiter mit Füßen getreten hat, bloß um sich der Regierung gefällig zu erweisen.

Eine Hartung-Kreatur.

Im Februar d. J. erregte eine Morbidat großes Aufsehen, die in Rom entdeckt wurde. In einem Koffer fand man die Leiche eines jungen Mannes, der schließlich als ein Russe namens Kienitz identifiziert wurde. Es tauchten damals allerlei Vermutungen auf, daß es sich um einen politischen Mord handle; nur wußte man nicht, ob der Getötete ein Agent der russischen Polizei war, den die Revolutionäre abgetan, oder ein Revolutionär, dessen sich die russischen Polizisten entledigt hatten. Erst später stellte sich heraus, daß es sich um einen Prokurator handelte.

Seit erfährt die römische „Tribuna“ durch ihren Peters-

Bürger Korrespondenten Näheres über den Mord und seine Motive. Danach steht die Angelegenheit in Verbindung mit der „Affäre Hartung“. Wie die „Nukleus Slowo“ zu berichten weiß, wurde Kienitz, damals noch Mitglied der revolutionären Partei, im Jahre 1904 zugleich mit mehreren anderen Revolutionären in Warschau verhaftet. Als er freigelassen war, stellte er sich der russischen Geheimpolizei zur Verfügung, und Peterzen, der Direktor der russischen Geheimpolizei, gab dem biederem Kienitz einen Empfehlungsbrief an Hartung, der damals in Paris hause. Als Kienitz sich eine Zeitlang in Kraslau aufhielt, kam ihm zu Ohren, daß er durch die Studentin Wanda Kuchijewska entlarvt werden sollte. Um seine Entlassung zu verhindern, tötete er die Kuchijewska auf offener Straße.

Kunmehr verlegte Kienitz das Feld seiner Tätigkeit nach Paris, wo er unter Hartung und Azew eine große Anzahl russische Revolutionäre an Väterchens Pariser Polizei verriet und mehrere französische Anarchisten an die Behörden der gastlichen Republik auslieferte. In Rom erreichte ihn sein Geschick: die Revolutionäre bekamen den Verräter in ihre Gewalt und bereiteten ihm das verdiente Ende.

Japan in China.

St. Petersburg, 4. August. Die Lage im fernsten Osten wird als recht ernst betrachtet. Man befürchtet, daß Japan China zum Kriege provozieren werde. China, von Japan getrieben, drückt auch auf Rußland in der ostchinesischen Bahnfrage, so daß ernste diplomatische Schwierigkeiten befürchtet werden.

Spanien.

Der Krieg mit Marokko. Madrid, 4. August. Einem Telegramm aus Melilla zufolge ist es den Rebellen gelungen, eine spanische Abteilung zu überfallen, wobei mehrere Offiziere getötet und verwundet wurden, ebenfalls Soldaten. Einer anderen Meldung zufolge handelt es sich um eine Kriegerliste der Rebellen, welche teilweise gelang. Sie schickten einen Eingeborenen vor, der in das Lager der Spanier eindringen sollte. Während die spanischen Soldaten diesen anhielten, feuerten die Rebellen aus einem Hinterhalt gegen den spanischen Posten.

Von der Revolution. Barcelona, 4. August. Die verfloßene Nacht ist ruhig verlaufen. Die Arbeit ist in vollem Umfange aufgenommen worden. Die Bahnverbindung zwischen Saragossa und Barcelona wurde wieder aufgenommen. Bomet hat in Sabadell gegen 100 Gefangene gemacht. In Enja de la Selva haben die Revolutionäre keinen Widerstand geleistet. Die Zivilgarde konnte das Rathaus besetzen. Verhaftungen sind nicht vorgenommen worden.

San Sebastian, 4. August. Eine Privatmeldung aus Barcelona bestätigt, daß die Ruhe anhält. Die Behörden behaupten, daß die Unruhen einzig und allein das Werk der Anarchisten gewesen sind, die durch die Zerstörung zahlreicher Klöster und Kirchen bewiesen werden. Besonders bebaut wird die Brandlegung der Bibliothek der christlichen Schulen, welche 80.000 Bände enthielt, sowie die Zerstörung des wissenschaftlichen Museums. Diese Schäden sind unerlässlich.

Türkei.

Die kretische Frage. Infolge der Ratschläge seitens der Schutzmächte wird die kretische Regierung die in kretischen Dörfern stehenden griechischen Offiziere aus dem Heeresverband entlassen und mit der Türkei in direkte Verhandlungen wegen der Autonomie Kretas eintreten.

Auf Kreta herrscht am Dienstag unter der Bevölkerung große Erregung, weil verlautete, daß die nationalen Fahnen entfernt und durch türkische ersetzt werden sollten. Die Regierung gab aber offiziell bekannt, daß auf den Fests und den öffentlichen Gebäuden auch weiterhin die Nationalflagge wehen und daß die Militär eine nationale Fahne mit dem Bildnisse des heiligen Georg erhalten werde.

Konstantinopel, 4. August. Die Pforte verständigte die diplomatischen Vertreter, sie werde in Canea nur die kretische Flagge hängen. Die Pforte soll entschlossen sein, bis zum äußersten zu gehen, jedoch glaubt man hier nicht an irgendwelche kriegerische Verwundungen. Gegenwärtig wird dem Gericht von der angeblichen Entführung von fünf Bataillonen Erjauprejudizien kein Glauben geschenkt.

China.

Korruption. London, 4. August. Die „Times“ meldet aus Peking, daß Lihannan, der frühere chinesische Gesandte in Berlin, aus Anlaß von Unterschlagungen auf der nördlichen Sektion der Peking-Pulauabahn seines Amtes entsetzt worden ist und seine Abreise erwartet. Auch andere hervorragende Beamte wurden bestraft. Dem mittlerweile verstorbenen Vizekönig Schingiang wurde nachträglich die Hofcharge aberkannt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Vielelefeld, 5. August.

— Vom Verband der Kriegergehilfen wird uns geschrieben: Die Firma Ernst Weiß, Markstraße 2, sowie Hr. A. Weiß, Jollenbenderstraße 28, haben ihr Verbrechen gegenüber der Tarifvertragskommission, für das Näheren nicht unter 15 Pf. und für Baarschneiden nicht unter 35 Pf. zu nehmen, durchbrochen. Sie haben an ihren Schaufenstern ein Plakat ausgehängt, auf dem in großen Lettern zu lesen ist: „Für Näheren 10 Pf. und Baarschneiden 25 Pf.“. Die Firma Frau A. Weiß, Jollenbenderstraße 28, bekam, weil sie verprochen hatte, höhere Preise zu nehmen, einen Gehilfen von der Organisation gestellt. Durch die Handlungsweise der Frau A. Weiß veranlaßt, löste unser Kollege Heinrich sofort sein Arbeitsverhältnis. Daraufhin wurden seine Sachen einbehalten. Der Verband vermittelt laut Tarifvertrag keinen Gehilfen an die Geschäftsführer, die so geringe Preise nehmen. Die letzte Mitgliederversammlung beschloß sogar einstimmig, Gehilfen nicht aufzunehmen, solange sie in solchen Vertrieben beschäftigt sind; im Interesse des gesamten Zweigvereins am Orte. Den Arbeitern, Partei- und Gewerkschaftsangehörigen diene dieses zur Kenntnis. Wir hoffen, daß alle den Maßnahmen der Organisation Beachtung schenken und die schwere Arbeit unseres Zweigvereins am Orte durch ihr solidarisches Verhalten unterstützen werden; dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

— Internationaler Gutmtemplorden. Auf der 20. Jahresversammlung des Internationalen Gutmtemplorden J. D. G. T., welche vom 30. Juli bis 3. August in Dresden abgehalten wurde, und welche von über 2000 Mitgliedern aus ganz Deutschland besucht war, wurde einstimmig beschlossen, die 21. Jahresversammlung vom 8. bis 12. Juli 1910 in Vielelefeld abzuhalten.

— Vielelefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Für das heute abend stattfindende erste diesjährige Benefiz hat der erste Held und Liebhaber Walter Neumann das hochinteressante Volksstück mit Gesang „Der Benefizant spielt den Pöbel“ von Ludwig Angenruber gewählt. Der Benefiziant spielt den Pöbel, eine seiner besten Rollen und Direktor Hans Freiden die charakteristische Rolle des Wurzelschnepp. Außerdem ist das gesamte Personal beschäftigt. Die Vorstellung verspricht einen wirklich künstlerischen Genuß, möchte auch der materielle Erfolg für den Benefizianten und allgemein beliebten strebsamen Künstler ein befriedigender sein. Wir bemerken noch, daß Dudenbarten zu dieser Vorstellung keine Mitgeltigkeit haben. Am Freitag wird die bei der Erstaufführung mit durchschlagendem Erfolge gipfelte Novität „Der Baumbaum“, Schwan von Lenz und May-Hartung, zum ersten Male wiederholt. Der Besuch ist sehr zu empfehlen.

d. — Gegen den Malermeister Gustav Schindlbauer von hier wurde gestern vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen Betruges verhandelt. Schindlbauer hat nach der Anklage als Geschäftsführer seines Vaters, der eine Agentur der Brandenburger Glasversicherungsgesellschaft inne hatte, in 24 einzeln aufgeführten Fällen zum Nachteil der Gesellschaft ge-

handelt, um sich resp. seinem Vater einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. So soll er nichtversicherte beschädigte Scheiben bei der Gesellschaft als versichert angegeben und Ersatz gefordert haben, ferner gar nicht beschädigte Scheiben als zertrümmert gemeldet, die Scheiben bei Schadensfällen zu groß und die verbliebenen Bruchstücke als zu klein angegeben haben usw.

Das Schöffengericht hatte den Angeklagten am 22. Mai d. J. von der Anklage des fortgesetzten Betruges freigesprochen, indem es auf Grund der Aussagen der Sachverständigen annahm, solche Infortifikationen seien in der Glasversicherungsbranche üblich und der Angeklagte sei sich seines rechtswidrigen Verhaltens nicht bewußt gewesen. Gegen dieses Urteil war von der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden. Zum gestrigen Termin waren über 30 Zeugen und 5 Sachverständige geladen, einige der geladenen Zeugen waren ausgeblieben. Nach mehrstündiger Verhandlung beschloß das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft Verurteilung, um weitere Zeugen zu laden.

Versammlungen.

Vielelefeld. Öffentliche Frauenversammlung. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Witwe Susemann, Göben- und Luisenstraßen-Ecke. Vortrag des Genossen Schred über „Die neuen Steuern und ihre Wirkungen auf die Arbeiterfamilie“.

Vielelefeld. Verband der Schneider und Wäschearbeiter. Freitag, 6. August, abends 9 Uhr, in „Stadt Vielelefeld“, Versammlung der Schneider. — Zivilmüller. Freitag, abends 8 1/2 Uhr bei Flaßbed, Breitestraße.

Bünde (Heldmark). Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen. Freitag, abends 9 Uhr bei Timmert.

Sonnebrod. Soz. Verein. Freitag, 6. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Günther in Hüffen. Genosse Hoffmann und der Kreisvorstand werden anwesend sein.

Aheba. Soz. Verein. Sonnabend, 7. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Kipp. Vortrag des Genossen Mademann über „Die Reichstagswahlen von 1907 und der „Segen“ des Schnapsbloss“.

Ahlen. Parteibesprechung. Sonnabend, 7. August, abends 8 1/2 Uhr. Empfang der Jungblätter.

Tabakarbeiter-Versammlungen

finden statt:

Solzhausen: Donnerstag, 5. August.

Barunap: Freitag, 6. August.

Vielelefeld: Sonnabend, 7. August.

Schlenker: Montag, 9. August.

Hr. Oldendorf: Dienstag, 10. August.

Blasheim: Mittwoch, 11. August.

Lübbede: Donnerstag, 12. August.

Nahden: Sonnabend, 14. August.

Spence: Sonnabend, 14. August.

St. Annen: Sonntag, 15. August.

Dettinghausen: Sonntag, 15. August.

Kirchlegern: Sonntag, 15. August.

Wände: Montag, 16. August.

Wotho: Montag, 16. August.

Hüffen: Dienstag, 17. August.

Tagesordnung:

„Unser Mahnahmen gegen die Folgen der Tabaksteuer und der 4 Millionenfonds der Reichsregierung.“

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Vielelefeld-Wiedenbrück.

Zur Wahl der Delegierten zum Parteitag in Leipzig.

Beschluß der Generalversammlung: Die Wahl der Delegierten zum deutschen und zum preussischen Parteitag erfolgt durch Abstimmung der Mitglieder des Vereins bei einfacher Mehrheit. Die Anzahl der zu wählenden Delegierten, sowie eine Kandidatenliste wird von der Generalversammlung festgesetzt. Diese Kandidatenliste ist für die Mitglieder nicht bindend.

Wahlreglement:

Versammlungen zwecks Vornahme der Abstimmung dürfen nicht abgehalten werden. Die Abstimmung findet an einem Sonntage von 10 Uhr vor-mittags bis 1 Uhr mittags statt.

Die Legitimation gilt das Mitgliedsbuch. Die erfolgte Abstimmung ist im Mitgliedsbuch zu bestätigen. Stimmzettel, die mehr Namen als zu wählende Delegierte enthalten, sind ungültig.

Die Vorschlagsliste der Generalversammlung ist im Wahllokale auszuhängen und in der „Volksmacht“ bekannt zu geben. Als Wahlvorstand fungieren die Mitglieder des Vorstandes und die Revisoren des Vereins.

Für die Wahllokale wählen die Mitglieder der Ortsgruppen bezw. Bezirke aus ihrer Mitte ein Wahlkomitee von drei Personen. Die Adresse des Wahlkomitees ist dem Parteiführer zu übermitteln.

Das Komitee für das Wahllokal hat über die vollzogene Wahl ein Protokoll auszufertigen, aus dem die Zahl der Mitglieder, die ihr Wahlrecht ausgeübt haben und das Resultat der Abstimmung hervorgeht.

Protokoll nebst Stimmzetteln sind in verschlossenem Kuvert schnellstens dem Vorstande zu übermitteln, der spätestens am Tage nach der Abstimmung das Gesamtergebnis festzustellen und in der „Volksmacht“ zu veröffentlichen hat. Das Kuvert ist mit dem Vermerk: „Wahlresultat“ zu versehen.

Die Wahllokale sind in der „Volksmacht“ bekannt zu geben. An das Wahllokal ihrer Ortsgruppe bezw. Bezirks sind die Mitglieder nicht gebunden.

Wahllokale und Wahlreglement für die Wahl der Delegierten zum Parteitag in Leipzig 1909.

Total:		Stadbez:		Ortsgruppe:	
Beckenborn	1	Verkehrslokal	Badenhausen		
Golz	2	Schäfer	Brachweide		
Strothotte	3	Turnhalle	Brate		
Hellfinger	4	Bruchfeld	Gaderbaum		
Hesse	5	Pappeltrug	Großbornberg		
Witzschke	6	Klau	Gütersloß		
Ynkamp	7	Hofmann	Gütersloß		
Heidrich	8	Zweller	Seepen		
Apentrich	9	Jurmann	Kirchbornberg		
Gröppel	10	Reinhold	Quelle		
Wettmann	11	Kipp	Aheba		
Turhorn	12	Lüding	Schweische		
Freese	13	Fischer	Schuldesche, Herforderstr.		
Bedmann	14	Meier	Sieker		
Heim. Kaiser	15	Reinhold	Ober-Sieker		
Sidert	16	Klemme	Stieghorst		
Susemann	17, 18	Kolltrug	Ubbelissen		
Dannemann	19	Reinhold	Uerentrup		
Flaßbed, Breitestr. 15, 20	20	Heim. Goele	Ummeln, Gütersloherstr. 274.		

Laut Beschluß der Generalversammlung sind zwei Delegierte zu wählen. Die Wahl findet am Sonntag, 22. August, von 10 Uhr vor-mittags bis 1 Uhr mittags statt.

Als Kandidaten werden von der Generalversammlung vorgeschlagen:

Borgardt, Hoffmann, Mademann, Rannhorst, Schred. Die Abstimmung im Mitgliedsbuch über die Wahl der Delegierten erfolgt in der Weise, daß in den alten Mitgliedsbüchern auf der Beitrags-Seite für 1909 die Namen der Delegierten in den neuen Mitgliedsbüchern das freie Feld hinter der Monatsrubrik „September“ des Jahres abgestempelt wird.

Die Bevollmächtigten der Partei

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Auf unsere

Die Preise haben
nur noch bis
Sonnabend abend
Giltigkeit.

Weisse und Creme Gardinen etc.

Die Preise haben
nur noch bis
Sonnabend abend
Giltigkeit.

Seltene Gelegenheit!
Waffel-Bettdecken
sonst 6.75
Stück 475

Waffel-Bettdecken
teils mit Bogen
teils mit Franzen
165 245 290

Waffel-Kommoden-Decken
sonst 68.50 sonst 90.50 sonst 1.25
35.50 68.50 95.50

Imit. Häkel-Kommoden-Decken
78.50

Engl. Tüll Brise bises
mit Band eingefasst
Wert bis 35.50 Wert bis 1.10
18.50 48.50

600 Paar abgepasste Gardinen
Serie I Serie II Serie III Serie IV Serie V
sonst b. 195 6.00 390 8.50 525 10.00 675 14.50 875

50 Paar Ia. Erbstüll-Band-Gardinen
sonst bis 26.50
Fenster 2 Flügel 11.50 Fenster 2 Flügel 16.50

Hochfeine Erbstüll-Band-Stores
sonst bis 10.75 sonst bis 17.75
4.75 7.50

Einzelne angeschmutzte
Bandgardinen, Stores u. Bettdecken
Wert bis 24.50 zum Aussuchen 8.50

200 Fenster abgep. Spachtel-Rouleaux
Serie I Serie II Serie III
150 200 350

Erbstüll-Blenden
mit und ohne Volant
Serie I 75.50 Serie II 95.50

1000 Mtr. engl.-Scheiben-Gardinen
Restbestände grosser Fabriken.
Serie I 18.50 Serie II 30.50 Serie III 48.50 Serie IV 68.50

800 Mtr. Kongress-Stoffe, solide
Qual.,
110 cm Serie II 110 cm Serie III
39.50 35.50 58.50

300 Mtr. weisse Gardinen-Mulle
gemusterte
125 cm breite Ware
sonst 1.10-1.70 Meter 85.50

500 Mtr. Köper-Blenden
Serie I Serie II Serie III Serie IV
25.50 45.50 60.50 1.00

Rouleaux-Köper
80 cm breit 100 cm breit 130 cm breit
45.50 65.50 110.50

Rouleaux-Damaste
80 cm breit sonst bis 90.50 130 cm breit sonst bis 1.75
68.50 125.50

Seltene Gelegenheit!
Engl. Tüll-Bettdecken
sonst 3.30 sonst bis 8.75
1-bettig 165 2-bettig 390

Bändchen Brise bises
sonst 75.50 sonst 1.00 sonst 1.45
55.50 75.50 100.50

Elegante
Künstler-Gardinen
2 Schals u. 1 Lambrequin
sonst 13.50
komplett 775

Damast-Teedecken
für kl. Tische
sonst bis 1.15
48.50

Kaffeedecken
sonst 2.75 sonst 3.50
150 200

S. Alsberg & Co.

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)
Heute 8 1/2 Uhr:
(Tugendarten unglücklich.)
Benefiz für den ersten Heiden und
Liebhaber **Walter Neumann.**
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten
von L. Angenruder.
Freitag 6. August. Anf. 8 1/2 Uhr:
Zum 2. Male! Erfolgreiche Novität.
Der Stammbaum.
Schwank in 3 Akten von Paul Leni
und Gust. May-Darling.

Geschäfts-Karten
liefert in feinsten Ausführung
billigst
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Soeben erschien:
Spezialnummer
des
„Simplicissimus“
Nr. 18.
Sommerfrische.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Achtung!
Teppiche
mit kleinen Befehlern
Linoleum-Teppiche
Größe 150x200 200x250
Mark 4.50 Mark 7.50
Größe 200x300 cm
Mark 9.00
Vorlagen, Reste u. Läufer
prima Qualitäten
Gardinen, Stores, Portieren,
Bettvorlagen, Chaiselongue u.
Tischdecken
spotbillig.
J. Lipschütz,
Lützowstr. 7, I. Etg.
4193 an der Bahnhofstr.

Restaurant Freudenau

Heeperstrasse 126
Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend dieser Woche
Grosser
Konkurswaren - Ausverkauf
in Manufakturwaren etc.
Das Lager ist in allen Abteilungen gut sortiert.
Der Verkauf beginnt am
Donnerstag nachmittag 3 Uhr.
NB. Die Ausverkaufspreise sind auf jedem Stück vorgemerkt.

Kleine Anzeigen-Ges.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg. in
der feinen Ueberschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben
werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Bekanntmachung.
Wegen Aufgabe des Geschäfts ver-
kaufe ich Emaille- und Zinkwaren
zu bedeutend billigen Preisen. Sugo
Wienand, Schmiedestr. 8. [4199]

Schirme
werden repariert und überzogen
Blumenstr. 12. [4194]

Anzüge,
einige, fast neue, habe billig abzugeben.
Ad. Hofmeister, Schneidermeister.
Ritterstr. 77. 4202

Wir bieten
die größten Vorteile beim Einkauf
von Schuhwaren aller Art. Nur
beste erprobte Qualitäten zu aller-
billigsten Preisen. Stets Gelegen-
heitsposten bis zur Hälfte des realen
Wertes. Ferner empfohlen Güte,
Mähen, Hosen, Hemden, sowie feinste
getragene Anzüge in großer Auswahl.
Kohlmeier & Düring, Pöggendorfstr. 10,
am alten Markt. 4197

Strickwolle,
10 Bnd 43 Pfg., vorzügliche Ware.
Heinr. Weimble, Brackwede, Bünde,
Stift Quernheim. [4182]

Kinderkleidchen,
durch eigene Anfertigung gut und
spottbillig. Heinr. Weimble, Brack-
wede, Bünde, Stift Quernheim. 4184

50 Prozent 3918
und mehr verdient jeder bis zum
Zutritt der Steuer, der Zigaretten
stückenweise kauft bei Aug. Dufmann,
Rendstr. 20, Ecke Gr. Kurfürststrasse.

Reiseförbe, [4087]
Waschförmchen, gut gearbeitet, bei A.
Beufert, Kornwarengeschäft, Gehren-
berg 33. Reparaturen gar u. billig.

Rochherde,
weiß und schwarz emailliert, wenig
gebraucht, in enorm großer Auswahl.
sollen räumungshalber zu jedem nur
annehmbaren Preise verkauft werden.
Zahlung gestundet. Adolf Heine,
Ritterstr. 57. 3569

Krawatten,
feist Neuheiten und spannend billig.
da jährlicher Umsatz ca. 600 Dutzend.
Heinr. Weimble, Brackwede, Bünde,
Stift Quernheim. [4183]

Gier 60, 4204
Wiebrock, Heeper- u. Kaiserstr.-Ecke.

Sped, 4174
großen Posten, hiesige trockene Ware,
empfiehlt billig Defert, Jöllenbecker-
str. 37.

Wohnung
von 4 Räumen zu vermieten. Ger-
torfstr. 173. 4171

Ida Nolte

Obernstraße 51
empfiehlt ein reichhaltiges
Lager in:
Krawatten von 35.50 an
Bunte Garnitur. 1.20
Bunte Servietten u. Fragen
von 80.50 an
Hosenträger 50.50
Herrn-Socken 30.50
Fragen, Manschetten
zu äußerst billigen
Preisen. 4200

Visiten-Karten

liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Strickgarn

und selbst das allerteuerste,
hat mancher Hausfrau An-
lass zur Klage wegen des
Eingehens und Verfilzens
gegeben.
Ich führe eine neue, be-
sonders hergerichtete, ver-
bürgt reinwoll. Strickwolle,
welche selbst nach heisser
Wäsche weicher wird.
Jeder Versuch ist durchaus
lohnend, da für Schweiss-
füsse oder empfindliche
Füsse es nichts besseres
gibt. [4195]

Zentral-Bazar
Pradel
Jahnplatz 2.

Arbeiter-Gesundheits-Kalender

für das gesamte werktätige Volk.
Preis 50 Pfg. — Porto nach auswärts 10 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung der Volkswacht, Bielefeld.

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch
tinnen und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Wohnen jetzt

Altmensstraße 4
Eingang Hermannstraße.

H. Kralemann
Naturheilvertreter.

Frauenleiden. In
der
Massage- u. Behandlung durch den
schwedischen Arzt Dr. Thure-
Brandt ausgebildet. [4123]

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
einen **durchaus tüchtigen**

Werkzeugschlosser
gegen hohen Lohn. [4206]

Gebr. Blankenagel,
Windelsbleiche, Kreis Bielefeld.

Am Hautkrankheiten, Pickel, Kopf-

ausschlag, Flechten, offene Beine
Leidende erhalten Rat, wie sie schnell
u. gründlich von ihren Leiden befreit
werden. **Möller, Sersfordstr.,**
neben Stadttheater. 3565

Herford.

Unterhaltungs-Klub Gemütlichkeit
veranstaltet

Sonntag, den 8. August,
im Lokale des Herrn Lüge, Bahn-
hofshotel, ein

Fränzchen
— Anfang 4 Uhr nachmittags. —
Es ladet ergebenst ein

Der Vorstand.
Trauerbriefe mit Konverts
liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.



Nachruf!

Am Dienstag, morgens 10 Uhr, starb nach langem,
schwerem Leiden unsere Freundin und Mitarbeiterin
Frau Emma Walkenhorst
geb. Dieckmann 4201*
im Alter von 22 Jahren. — Ihr aufrichtiger Charakter und
biederer Sinn bleibt uns allen ein Vorbild.
Die Weberinnen der Firma Dohls & Söhne.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. August, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Spindelstr. 108, aus statt.

Nr. 18

Das intern
für d

Uns geht fol-
Wieder ein-
schwere Konflikte
päischen Soldaten
In Spanien habe
ganze Kisten auf
haben. Seit la-
Partei die Gefahr
gegenwärtige Zu-
1907 hat der Int-
stimmte eine
Unternehmungen
Quelle in den fi-
haben, und er hat
Blut der Arbeiter
geheißelt. Derfel-
reichs und Spani-
unternehmen, um
die Europa mit d-
noch bedrohen könn-
In Ausführung
tischen Parteien
jammungen orga-
den Nationen auf-
beiden Länder, die
darauf geantwortet
Delegierten Pablo
Nicht Albert Wil-
Woche verfloßen, o-
Porteien, die dire-
verlündet hätten.
jammungen gegen
das das Proletaria-
den Philippinen er-
in Santander, in
andernwo. In ihr
Hamationen und be-
unterzeichnet von
haben die Mitglied-
trattischen Arbeiter
Politik, die man ha-
hat. Anstatt die p-
dem Zweck, die bed-
die spanischen Pro-
den öffentlichen Un-
des, daß 68 Proze-
Nonnen vorhanden
mindern in einem
Millionen jährlich
einnahmen für Sch-
notwendig sind, hat
gefahren, unter der
Abenteurerpolitik zu
Proletariat mit die-
trägt. Aber wenn
Vereinigten Staaten
hat, so haben die
zeugen, die des Gei-
zuweisen und sich d-
beden irgendwelche
Die Kienotte ist
Männer und Frauen
Mütter. Und in d-
Möchte hat die Volk-
antimilitaristischen,
nommen. In dieser
demokratischen Frei-
schuldet ihnen ein B-
Sie haben dem Ar-
Lebens, sie haben d-
führung gebracht, un-
tion. Wir verkün-
Reaktion, die sich der

Roman a
vor

Die neu angelom-
neinen Jellistädchen
vorbeschriebene Szen-
gar nicht, der engli-
zu auch nicht, was die
Freude an den beiden
jahren, und wie fed n-
selbst hier und da an-
Über auch das feil-
Zeit, denn ihr Haupt-
leute zu finden, die
bekannt waren, und
Minen, die Art der
tonnten. Sie verlang-
die direkten und an-
ihrer wilden und go-
bielten, fühlten sie si-
Endlich ging die
die Goldwäcker von
um die Feuer vor ih-
bereiten, teils gingen
Eckbuben, um dort il-
Von unfern drei
Zustizrat hätte nun
Haus“ gemut, um
ebenfalls etwas von
Daran dachte aber lei-
lange gut, und morgen
durch die Stadt zu n-
Lamberg und Bin-
Zustizrat den letzteren
vor einem der auch ja
geblieben, als sie sich
„How d'you do mit
roten wollenen Hemd,
dem rechten Ohr und
genden Bettfaum um-
stand.
„Hallo,“ sagte Lam-
mann? Woher kam
„Geizig“, antwort-
sicht sich zu einer Ar-
eine fiegend gezogene

Die Binnenschiffe betreten. Besonders betr. die Regierung muss dem Geldsack mehr ein positives Merkmal beibringen. Die Arbeiterstatistik der „Die schriftliche

Stimmen der diesen Prole-
ten fern der Heimat arbeiten.
e aufzuheben gemacht durch
alienischen Proletariat, die
aus Frankreich, aus der
der Sozialdemokratie zum
Niederlage der Gegner des
überlappende Sozialismus, die drei-
Regierung mit ihren Ge-
Finanzwirtschaft, ihrer
sonders auszeichnet, das ist
— vielleicht zum Scherz
Man ist in Italien, dem
heißes Temperamente, den
stöße bei den Wahlen ge-
es gelernt, der Regie-
in, sich von den politischen
niet zu Unbekanntheiten
im 1. Quartal 1909. Wir
der die Resultate der seit-
1904:

Bewegung.

ntischen Fachverbänden im
lassen die alljährlich
lichten Nachweisungen über
verbänden wieder ein Nach-
einstufigkeit erkennen. Die
mal auf 57 Verbände mit
n als arbeitslos am Ori-
luffe der 13. Quartalswoche
nd 3866 gleich 2,3 Prozent
che 33 614 und 3726 gleich
der ersten Quartalswoche
och die des Vorjahres um
Stichtages sich auf gleich
um 0,1 Prozent niedriger.
im 1. Quartal 1909. Wir
der die Resultate der seit-
1904:

1906	1907
26. Jan. 1,7	
23. Febr. 1,6	
30. März 1,3	
27. April 1,3	
25. Mai 1,4	
22. Juni 1,4	
20. Juli 1,4	
17. Aug. 0,7	
14. Sept. 1,0	
11. Okt. 1,1	
8. Nov. 1,1	
5. Dez. 1,6	
2. Jan. 4,2	
30. Febr. 4,1	
28. März 3,5	
26. April 2,9	
24. Mai 2,8	
22. Juni 2,8	

sen Ziffern deutlich zu er-
bände ins Auge, so zeigt
it sehr hohen Arbeitslosen-
bauer (13,4 Prozent am
prozent), Gutmacher (12,8),
immer noch recht hoch ist
etallarbeiterverband, wenn
ichtige des vorigen Quar-
a diesem Quartal zurück-
e Verhältnisse beim Sol-
zentfall der Arbeitslosen
3,3 an den drei Stichtagen
günstig ist die Entwicklung
im vorletzten Vierteljahr
tionen hatte, die bis zum
nen. Die niedrigste Ar-
den drei Stichtagen hatte
inen 110 018 Mitglieder.
Arbeitslosigkeit, d. h. die
beitslosigkeit pro Mitglied,
traggegangen von 12,7 auf

lt in China. Im Lande
wacht über Leben und Tod
ensart ist, wird von neuem
bern den größten Schauer
edoch nur ein Wächler
us News" kürzlich folgenden
icht berichtet: Dort lebte
ehrenhaft" bezeichnet wurde,
stribut" hielt. An europä-
en Leuten gefolgt zu haben,
gen, haben sie nicht weniger
ur mehreren Jahren fanden
ist war, verdiente es wegen
e. Sie legten ihm also
und sogen ihn mit ver-
bis er seinen Geist aufgab.
se Benehmen einer Tochter,
das Kind in einen Brunnen,
schon über 30 Jahre alter
Im vergangenen Winter
mandarinen und erlachten
Der Beamte hielt jedoch
e Odesurteil rechtfertigen zu
nen ließ. Dieser hätte sich
urückzuführen. Was tat
erband schönen Verpredun-
ge hatten, festhielt sie ihm
und schlugen ihn mit einer
eine Frau aus Mitleid
essen ist) fügt ausdrücklich
in gesucht, was man wohl
den denke, aber in den Bei-
eits nur betont worden,
schlechte Kinder habe. —
ausgibt, hat Sir Thomas
ntialkohol-Kongress in einer
ror, daß im letzten Jahr
agab wurden, wovon 760
n. Ob das gut sei, zeige
roßen Lebensversicherung-
000 unter ihrem dreißigsten
ein Alter von 70 Jahren
verleihen Anzahl im selben
eine Säuer, sondern nur
nahmen, — nur 44 000
en der arbeitenden Klasse
enorme Summe von 2000
e Arbeiter gibt also all-
ab das, sagt Sir Thomas

98. Und zwar beträgt sie bei den männlichen Mitgliedern 9,7
bei den weiblichen 6,7 Prozent. Da die Gesamtzahl der Arbeits-
losen am Ort und auf der Reise 2 117 320 betrug, so kommt
auf den einzelnen Fall von Arbeitslosigkeit eine durchschnittliche
Dauer von 17,8 Tagen (gegen 22,7 im vorhergehenden Quartal).
Im ersten Vierteljahr 1909 war die Zahl der Arbeitslosen
noch 3 273 948, also mehr als anderthalbmal so groß wie im
zweiten Quartal. Stehen wir sonach zweifellos vor einer Ver-
besserung der Arbeitsverhältnisse, so wird dieser Vorteil für die
Lebenshaltung der breiten Volksmassen schon wieder mehr als
aufgehoben durch die neue ungeheure Steuerbelastung, die wir
dem einträchtigen Zusammenwirken der schwarz-blauen Volks-
freunde verdanken.

Zum Kampf im Hamburger Baugewerbe. Am Mittwoch
fanden vor dem Einigungsamt in Hamburg Verhandlungen statt.
Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

1. daß bis zum festgesetzten Termine keine Arbeitswilligen von
den Unternehmern mehr angeworben werden dürfen.
2. die Arbeiterorganisationen dürfen bis zum 11. August
keine neuen Sperrten verhängen.

Die Verhandlungen sind noch nicht beendet; sie wurden auf
Mittwoch, 11. August cr., vertagt.
Überall haben die organisierten Arbeiter in den nächsten
Tagen besonders darauf zu achten, daß die Unternehmer sich an
obige Abmachung halten. Wenn gegenteilige Wahrnehmungen
gemacht werden, ist der Streikfall in Hamburg sofort Mit-
teilung zu machen.

Zur Lohnbewegung der Zigarrenarbeiter in Nordhausen.
Die Firma Walther & S. in Nordhausen hat eine Lohnzulage von
5-7 Prozent bewilligt. Wenn dieses Zugeständnis auch nur als
minimal bezeichnet werden kann, so ist es, berücksichtigt man die
im „Tabak“ herrschende gedrückte Stimmung, doch immerhin
eine Ertragssteigerung der Arbeiter. Dahingegen sind die Ant-
worten der übrigen Fabrikanten mehr denn still. Sie geben
alle unumwunden zu, daß die Zigarrenmacherlöhne recht nie-
drige seien und aufgebessert werden müßten, aber vor dem 15.
August lehnen sie es ab, Zugeständnisse zu machen. Ja, sie
treuen noch nicht einmal in Unterhandlungen ein. — Typisch ist
eine Aeußerung des Inhabers der allerorten bekannten Firma
G. A. Hanowader; er meinte, es sei doch nicht seine Schuld,
wenn die Zigarrenmacher nicht früher mit Lohnforderungen ge-
kommen seien. Klingt das nicht wie Soph? Immerhin werden
sich die Arbeiter hinter die Ohren schreiben und in Zukunft
weniger als bisher in der Reserve bleiben. Der Zugang nach
Nordhausen ist nach wie vor fernzuhalten!

Deutsche Photographen-Konferenz. Am Sonntag und Mon-
tag fand in Dresden eine Konferenz der im Verband der
Lithographen, Steindruck und verwandten Berufsgehilfen
organisierten Porträtfotographen statt.

Die Delegierten aus den verschiedenen Gegenden Deutsch-
lands berichteten über die Arbeitsverhältnisse in ihrem Berufe.
Die Situationsberichte ergaben ein ziemlich trübseliges Bild.
Fast überall herrscht große Verarmung. In München
wird der Gehalt als Litho-Verwalter 12 Mündige Arbeits-
zeit ist nicht seltenes. Überstunden werden vielfach nicht ver-
gütet. Im Beruf tätige Frauen werden mit 40 bis 50 Mark
monatlich entlohnt. Das Durchschnittsgehalt für Gehilfen be-
trägt 100 bis 120 Mark. Der Delegierte aus Hannover führte
einen Fall an, daß ein Unternehmer dort ausgearbeiteten Gehilfen
25 bis 40 Mark monatlich bezahlt.

Nach einer lebhaften Debatte über die Printenanstalten
(Gratvergrößerungen) wurde folgende Resolution angenom-
men:

Die am 1. August im Volkshaus in Dresden tagende Photo-
graphengehilfenkonferenz erklärt, daß die Gehilfenchaft in der
Herstellung von Printen keine zu befriedigende Konkurrenz er-
hält. Sie sieht in der Organisation der Printer und Printen-
maler im Verband der Lithographen und Steindrucker das beste
Mittel, die Konkurrenz zu beseitigen, die der Photographie durch die
sogenannten Gratvergrößerungen erwächst, zu beseitigen. Diese
Konkurrenz ist nur möglich durch die argste Ausbeutung
der Angestellten, die nur beseitigt werden kann durch eine starke
Gewerkschaft. Die Konferenz erklärt sich mit den Printern und
Printenmalern solidarisch und erklärt, die Organisation nach
Kräften zu fördern.

Nach einem Referat des Genossen Billion über „Wie schützt
man die Gehilfenchaft gegen den Niedergang des Gewerbes?“,
wurde folgender Antrag der Abteilungen Dresden, Karlsruhe,
Berlin und Stuttgart angenommen:

Die am 1. und 2. August in Dresden tagende Photographen-
konferenz erkennt den vollständigen Anschlag an den Verband der
Lithographen und Steindrucker als glückliche Lösung zur
Besserung der Lage der Photographen. Sie beschließt daher,
mit allen Mitteln für den Verband einzutreten.

Nach eingehender Prüfung der Höhe der Beiträge für den
Verband sieht die Konferenz jedoch ein, daß eine Reformierung
wohl schwierig ist, sie stellt aber an die Generalversammlung
den Antrag, die Einführung von Staffelförderung in Erwägung
zu ziehen.

Es folgte dann ein Referat des Genossen Höhle über die
Sonntagsarbeit im Photographengewerbe. Nachstehende Re-
solutions gelangte zur Annahme:

Die Photographenkonferenz fordert von der Reichsregierung
geleiche Maßnahmen zur Einschränkung der Sonntagsarbeit
im photographischen Gewerbe. Auf keinen Fall dürfen photo-
graphische Ateliers länger als von 10 bis 11 Uhr geöffnet sein.
Während dieser Zeit darf nur die Beschäftigung der zur Auf-
nahme nötigen Personen gestattet werden. Die örtlichen Mit-
gliedschaften haben nach den Verhältnissen eine weitergehende
Einschränkung anzustreben.

Die Errichtung eines sogenannten Verhörsamtes be-
schlossen die sächsischen Unternehmervereinigungen der Textil-
und Bekleidungsindustrie. Das Verhörsamt soll als
Schiedsgericht bei Lohnunterschieden neben den gegenwärtig vor-
handenen Vermittlungsämtern (Gewerbegericht) in Tätigkeit
treten. Es wird zusammengeleitet sein aus einer gleichen Zahl
von Arbeitern und Unternehmern, die den verschiedenen Gewer-
schaften angehören, und aus Unternehmern. Man hofft, daß
durch die Einrichtung Streiks und Aussperrungen vermieden
werden.

Eine neue Niederlage der „Gelben“. Unter großartiger
Wahlbeteiligung fand am Sonntag die Wahl der Vertreter der
kaufmännischen und technischen Angestellten zur Handelskammer
für Augsburg statt. Der Ausgang bedeutete eine vernichtende
Niederlage der in der Maschinenfabrik Augsburg sitzenden gelben
Protektoren. Die dem neugegründeten gelben Beamtenein-
geordneten hatten eine eigene Liste aufgestellt und in der
struppellosesten Weise dafür agitiert, wobei die Direktion der
Maschinenfabrik Augsburg nach Kräften beitrug. So wurden
in dieser Firma wenige Tage vor der Wahl eine erhebliche Zahl
von Angestellten, die bisher eine dreizehnjährige Kündigungsfrist
hatten, mit einer monatlichen Kündigungsfrist beglückt, damit
sie an der Wahl teilnehmen konnten, ihnen nebenbei strengstens
aufgetragen, für die gelbe Liste zu stimmen. Trotz dieser offen-
sichtlichen Wahlmanipulation und der Gelben schmachvoll unterlegen. Von
den für die Handlungsbekleidungs abgegebenen 427 Stimmen ent-
fielen auf die Gelben 955, auf die Liste der kaufmännischen Be-
amten 3317 Stimmen; von den für die technischen Angestellten
abgegebenen 2011 Stimmen erhielt die gelbe Liste 560, die Liste
des Bundes technisch-industrieller Angestellter 1451 Stimmen.
Die Gelben erhalten trotz aller Anstrengung drei Sitze; die
organisierten Angestellten jedoch neun. — Die Wahlbeteiligung
betrug 80 Prozent.

Die Binnenschiffer der Elbe sind in eine Lohnbewegung ein-
getreten. Besonders Interesse verdient die Forderung der Ar-
beiter betr. die Nacht- und Sonntagsruhe. Seit 24 Jahren ist
die Regierung mit den Erhebungen beschäftigt, dann aber vor
dem Geldbad mutig zurückgewichen. Diese Erhebungen zeitigten
kein positives Resultat. — In einer Sitzung der Kommission für
Arbeitsstatistik erklärte der Referent:

„Die schriftlichen Erhebungen hätten bereits eine Anzahl ge-

wichtiger Momente ergeben, welche es fraglich erscheinen lassen
können, ob für die Seegeschiffe überhaupt oder allgemein an
eine gezielte Regelung der Arbeitszeit gedacht werden könne
und ob eine solche geboten sei.“

Am 1. unabhägliche Agitation der Verbände (Hafenarbeiter
und Maschinen- und Seizer) ist dann noch einmal eine schrift-
liche Erhebung veranstaltet worden, bei der ausnahmsweise auch
die Arbeiter zum Wort kamen.

Die Forderungen, die die Binnenschiffer auch in ihrem Tarif-
entwurf aufgenommen haben, sind folgende:

1. Arbeitszeit und Nachtruhe.

a) Die Nachtruhe beträgt 6 Stunden und fällt in die Zeit
von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Die Ruhepause muß in
jeden aufeinanderfolgenden Stunden stattfinden, ohne daß An-
fang und Ende tariflich bestimmt wird. Ausnahmen dürfen nur
statfinden bei Havarien, Hochwasser, Sturmwind und plötzlicher
Eisgefahr; in solchen Fällen muß die Ruhezeit nachträglich ge-
währt resp. ergänzt werden.

b) In allen Häfen, Umschlagplätzen und auf in freiem Fahr-
wasser löschenden oder ladenden Fahrzeugen währt die Arbeits-
zeit von 6 bis 6 Uhr, inkl. einer halbstündigen Frühstückspause
und einer einhalbstündigen Mittagspause.

2. Sonntagsruhe.

a) An den drei höchsten Feiertagen, Ostern, Pfingsten und
Weihnachten, wird je ein freier Tag gewährt.

b) Den Boots- und Steuerleuten der Schlepp- und Güter-
dampfer wird alle drei Wochen ein freier Sonntag gewährt, bei
den Bugfahrdampfern jeden Monat zwei freie Sonntage.

c) Die Sonntagsruhe ist an den Dampfern gebunden.

d) Wenn ein Elbischiff voraussichtlich 48 Stunden und länger
in einem Umschlagplatz oder einer sonstigen Bösch- oder Lade-
stelle verweilen muß, so tritt völlige Sonntagsruhe ein, be-
ginnend Sonnabends um 6 Uhr abends und endigend Montags
früh 6 Uhr.

e) Schiffe, die während der Sonntagsruhe an einem Um-
schlagplatz oder einer sonstigen Bösch- oder Ladestelle ankommen
und daselbst bis Montag früh 6 Uhr oder länger verweilen,
treten in die Sonntagsruhe ein.

Im weiteren sieht der Tarifentwurf eine geringfügige Lohn-
erhöhung vor und die formelle Regelung der Arbeitsverhält-
nisse.

Die starke Organisation der Binnenschiffer — seit Januar
wurden 10500 Rekrutierungen gemacht — bürgt für die nachdrück-
liche Vertretung ihrer Wünsche. Insgesamt kommen bei der
Bewegung 3000 Binnenschiffer und 1000 Maschinenisten und Seizer
in Frage.

3. Streiks und Aussperrungen in England im Jahre 1908.

Das englische Arbeitsamt hat vor kurzem den Jahresbericht
über die in den Vereinigten Königreich im vergangenen Jahre
stattgefundenen Streiks und Aussperrungen veröffentlicht. Das
letzte Jahr hat für England im Gegensatz zu Deutschland eine
ungeheure Zunahme der Arbeitsstreikereignisse gebracht, und zwar
ist dieser Zuwachs in erster Linie den gewaltigen Kämpfen in
der Textilindustrie und im Maschinen- und Schiffbau zuzu-
schreiben. Es waren im letzten Jahre an 399 Arbeitsstreik-
ereignissen 295 507 Personen beteiligt gegen 147 498 im Vorjahre und
217 773 im Jahre 1906. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage
betrug von 3 028 816 in 1906 auf 2 162 151 in 1907, um im letzten
Jahre auf mehr als das fünffache, nämlich auf 10 834 189 zu
steigen. Auf die einzelnen Gewerkegruppen verteilen sich diese
Zahlen wie folgt:

Baugewerbe	1906	1907	1908
Metallindustrie, Maschinen- und Schiffbau	1 441	1 230	2 892
Bergbau und Steinbruch	42 049	19 576	58 338
Textilindustrie	88 833	52 567	87 022
Bekleidungsindustrie	75 114	47 429	132 803
Transportgewerbe	8 912	11 643	4 662
Verdienstgewerbe	1 888	8 708	4 894
Verdienstgewerbe und öffentliche Arbeiten	4 536	6 345	4 896
Zusammen	217 773	147 498	295 507

Ueber die Resultate der Kämpfe erfahren wir, daß nur
8,5 Prozent der in Streikereignissen verwickelten Arbeiter einen
vollen Erfolg erzielten. 25 Prozent waren erfolglos und die
übrigen 66,5 Prozent mußten sich auf Kompromisse einlassen.
Bei den eigentlichen Lohnkämpfen waren sogar nur 2 Prozent
der beteiligten Arbeiter erfolgreich, während 20 Prozent keinen
und 78 Prozent einen halben Erfolg erlangten. Diese hohe
Ziffer der zu Kompromissen gezwungenen Arbeiter ist die Folge
des großen Konflikts in der Baumwollindustrie, der mit der
Einschließung der Löhne endete. Am erfolgreichsten waren die Ar-
beiter in ihren Kämpfen um gewerkschaftliche Rechte: circa 80
Prozent der hier beteiligten Arbeiter errangen einen vollstän-
digen Sieg. Bei den Kämpfen um Verkürzung der Arbeitszeit
waren 3 Prozent erfolgreich, 84 Prozent erfolglos, während der
Rest der beteiligten Arbeiter Vergleiche schloß.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki Das Kolonialamt und die Börsenpekulation. Es scheint
geradezu System werden zu sollen, daß die Kolonialpekulation
von Zeit zu Zeit durch amtliche Rundgebungen in ihrem tollen
Treiben angeleitet wird. Den bisherigen Vorgängen, die eine
solche Deutung zulassen, reiht sich jetzt ein besonders trasser Fall
an. Die Zahl der Kolonialpapiere, die an der Berliner Börse
gehandelt werden, hat in den letzten Monaten ständig zugenom-
men, die enorme Steigerung in den Aktien der Kolonialge-
sellschaft für Südwestafrika nach den Diamantenjungen hat es der
Spekulation leicht gemacht, das Interesse auch für andere
koloniale Unternehmungen zu erwecken. Die Anteile der South
African Territories Company wurden seit geraumer Zeit von
der Spekulation besonders bevorzugt, die Umsätze in diesen An-
teilen nahmen unter Beteiligung des Publikums einen außer-
ordentlichen Umfang an. Die Territories Company ist eine
englische Gesellschaft in Deutsch-Südwestafrika, deren innere
Verhältnisse sehr verworren sind. Nichtsdestoweniger begann
der Kurs ihrer Anteile zu steigen, es wurden Gerüchte verbreitet,
daß auf dem Gesellschaftsgebiet Diamanten gefunden worden
sind. Zunächst bestätigte sich das Gerücht nicht, es blieb im
Gegenteil, daß es sich bei den Funden um wertlose Rubinen
gehandelt habe. Die Verwaltung des Unternehmens gab alsdann
bekannt, daß die erste Meldung zutreffend gewesen sei, es seien
achtstellige Diamanten eingebracht worden. Bald aber ver-
lautete wieder, daß das Telegramm mit der Nachricht über die
Funde der selten großen Steine wohl verstümmelt gewesen sei,
anscheinend sollte es nur bejagen, daß bisher 8 Karat Diamanten
insgesamt auf dem Terrain der Territories gefunden wurden.
Diese widersprechenden Gerüchte wirkten auf das kurzweilige
einigermaßen hemmend, aber bald war für das Spekulantentum
der letzte Zweifel geschwunden, seine Erwartungen auf reiche
Diamantenjunge waren in Erfüllung gegangen, denn am ver-
gangenen Freitag brachte die Presse die amtliche Meldung, daß
nach einem Telegramm des Gouverneurs von Deutsch-Südwest-
afrika im Bergwerksgebiete der Territories reichliche Diamanten
gefunden worden sind. Es blieb in dem verbreiteten Telegramm
des Gouverneurs, daß die Meldungen von den Funden von
mehreren Prospektoren gleichzeitig gemacht wurden, und daß
diese Meldungen vom Distriktsamt in Warmbad und vom Be-
zirksamt in Lüderichs als zuverlässig erklärt wurden. Dar-
aus entwickelte sich am Sonnabend in Kolonialkreisen, be-
sonders in Territoriesanteilen, ein stürmischer Sturm, der die
bisherigen Ausbrüche der Spekulation auf dem Markte für
Kolonialwerte in den Schatten stellte. Am Dienstag erschien
in den Berliner Morgenblättern folgende offizielle Meldung: Nach
einem weiteren Telegramm über die aus dem Bergwerksgebiet
der South African Territories gemeldeten Diamantenjunge
glaubt der Gouverneur auf Grund der in der Zwischenzeit
angestellten weiteren Ermittlungen, daß die Angaben der Pro-
spektoren über die Funde mit größter Vorsicht aufzunehmen

sind. Der Gouverneur ist angewiesen worden, die Angelegenheit
durch die Bergbehörde untersuchen zu lassen, bis zu deren Bericht
das Vorkommen als sicher festgestellt nicht gelten kann. — Die
Folge dieses neuesten amtlichen Telegramms war ein rapider
Kurssturz der Territoriesanteile. Die Berichte über die Dienst-
tag-Börse bemerken, daß das Verhalten der südwestafrikanischen
Behörde, die kürzlich erst eine positive Bestätigung der ver-
schiedenartigen Nachrichten über Territories-Funde gemeldet hatte
und jetzt augenblicklich überreilt behandelt zu haben, in Geschäftskreisen
schon verurteilt wurde. Ganz einheitlich wird die Beurteilung
nicht gewesen sein, die Spekulationen, die durch die amtliche Be-
richtigung in wenigen Tagen große Gewinne gemacht haben,
werden die Empörung wohl nicht geteilt haben. Merkwürdiger-
weise richten die Handelsblätter ihre Kritik gegen den Gouver-
neur von Südwestafrika, obwohl die Hauptschuld oder die
alleinige Schuld das Kolonialamt trifft. Das Berliner Amt
dürfte das erste Telegramm des Gouverneurs nicht veröffentlicht
haben, bevor die Bestätigung vorlag, daß die Untersuchung der
Bergbehörde das Vorkommen von Diamanten ergeben habe. Die
Methode Dernburg kennt diese selbstverständliche Vorsicht nicht
die Kolonialpekulation ist damit sehr einverstanden.

Kodartitel für Warenhäuser. In den Nachreitungen der
Detailisten wird gegenwärtig eine Frage erörtert, die einen
interessanten Einblick in die Methode der Warenhäuser gewährt,
gewisse Waren als Kodartitel zu abnorm billigen Preisen an
das Publikum abzugeben. Es handelt sich um den Artikel
„Raschinger“, den die Warenhäuser mit Vorliebe als
Kodartitel benutzen. Sowohl die Großhändler als auch die Detail-
listen haben begrifflicherweise an dieser Verkleinerung eines
wichtigen Gebrauchsgutes keine Freude, und sie bemühten sich
daher schon seit langem, diesem Uebelstande abzuhelfen. In
einzelnen Fällen kam es zu Abmachungen, in den meisten Groß-
städten weigerten sich jedoch die Warenhäuser, Maschinenwaren zu
seinem vollen Preise zu verkaufen. Diese Gestaltung der Dinge
ermöglicht es, einen Anhalt dafür zu gewinnen, um wieviel
Maschinenwaren teilweise unter Preis abgegeben wird. In
München sind Vereinbarungen zwischen Warenhäusern und
Detailisten erfolgt, durch die für die Maschinenwaren bindende
Verkaufspreise festgesetzt sind. Vergleicht man nun die Preise,
die in München erzielt werden, mit den Preisen, die für das
gleiche Garn in Berlin gezahlt werden, so ergibt sich, daß in
beiden Orten für Maschinenwaren Preisdifferenzen von 40 bis
50 Prozent bestehen. So offeriert ein Berliner Warenhaus
Maschinenwaren, die im Einkauf 45 Pfg. kosten, in München
für 65 Pfg. verkauft werden, für 22 Pfg., ein anderes Waren-
haus sogar für 15 Pfg. Ein großes Warenhaus in Berlin
offeriert Maschinenwaren, die in gleicher Qualität für 17 Pfg.
verkauft werden, für 5 Pfg. Da der Umsatz in Maschinenwaren
in Deutschland pro Jahr sich auf 25 bis 30 Millionen Mark
beträgt, so läßt sich leicht ersehen, wie bedeutendvoll für
manche Geschäfte die hier angeschnittene Frage ist. Es kam auch
vor einiger Zeit zu einer Konferenz, die von Delegierten des
Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, des Ver-
bandes deutscher Waren- und Kaufhäuser und des Großhändler-
verbandes in Garmisch besucht war. Eine Einigung wurde hier
jedoch nicht erzielt, da die Warenhäuser sich nicht verpflichten
wollten, bindende Verkaufspreise für Garn einzuhalten. Für
das Publikum ist es ja nun gewiß ganz angenehm, wenn es
Maschinenwaren zu billigen Preisen erhält. Die Sache hat aber
eine Kehrseite. Verleihen können auch die Warenhäuser nichts,

An den Arbeitsstreikereignissen beteiligte Arbeiter		Zahl der verlorenen Arbeitstage		
1906	1908	1906	1907	1908
1 230	2 892	5 620	23 128	73 919
19 576	58 338	1 118 282	457 633	3 835 661
52 567	87 022	922 102	569 061	1 351 429
47 429	132 803	762 999	642 460	5 365 096
11 643	4 662	92 139	277 949	69 341
8 708	4 894	10 021	85 471	51 634
6 345	4 896	67 072	96 449	87 109
147 498	295 507	3 028 816	2 162 151	10 824 189

und wenn sie Maschinenwaren zu einem so billigen Preis offerie-
ren, der unter den Herstellungskosten bleibt, so können sie dieses
natürlich nur deshalb tun, weil sie sich an anderen Artikeln
schadlos halten. Der Gebrauch, Kodartitel abzugeben, hat etwas
durchaus Unreelles und Unsolides an sich und bildet eine Be-
gleiterscheinung des Warenhausstems, die weder im Interesse
des realen Handels, noch im Interesse des Publikums liegt.
Die Konsumvereine machen daher diesen Gebrauch nicht mit, und
wenn die Konsumvereine es sich richtig überlegen, so unterstützen
sie durch ihr Verhalten den Kampf mit den Kodartiteln nicht;
denn wenn sie auf der einen Seite eine Ware um 25 Prozent
unter dem Einkaufspreis erhalten und müssen dafür auf der
anderen Seite eine Ware um 75 Prozent über ihren wahren
Wert bezahlen, so bleiben sie doch noch die Ueberborteilten. Die
Führung von Kodartiteln muß notwendigerweise die Ueberbor-
teilung eines Teiles des Publikums mit sich bringen; denn nur
auf Kosten dieser Ueberborteilten kann einem kleinen Teil des
Publikums ein Geschenk gemacht werden.

Soziales.

ss. Die Krankheitsanfälligkeit in der Arbeiterbevölkerung.
Die Statistik über unsere hygienischen Zustände ist im allge-
meinen noch sehr mangelhaft. Die Krankheitsverhältnisse
im Lande, ein umfassendes Material über die Krankheitsverhält-
nisse herbeizubringen. Sie gibt aber weder Auskunft über die
Krankheitsarten, noch nimmt sie eine Trennung der Kranken
nach Beruf, Alter u. v. m. Immerhin gibt sie folgende inter-
essante Aufschlüsse.

An der Zeit von 1885 (der Einführung der obligatorischen
Krankensicherung) bis Ende 1907 haben die Krankenkassen,
die bekanntlich sämtliche gewerbliche Arbeiter umfassen, in rund
70 Millionen mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Ertragsun-
fällen Hilfe gebracht. Die Statistik zeigt leider eine ständig
steigende Zunahme der Krankheitsanfälligkeit. So entfielen auf
je 100 männliche und weibliche Mitglieder im Jahre 1888 noch
33,5 bzw. 28,8 Ertragsunfälle, im Jahre 1907 aber 42,7 bzw.
35,6. Das ungünstigste Jahr ist das Jahr 1907. Bei dem Fehlen
jeder Angaben über die Krankheitsformen ist es nicht möglich,
festzustellen, auf welche Ursachen diese Zunahme zurückzuführen
ist. — Die Zahl der Tage, für welche Krankengeld oder Kranken-
hausbehandlung gewährt wurde, war von 1885 bis 1907 rund
1240 Millionen. Die Statistik zeigt hier ebenfalls eine fort-
währende Zunahme. Es kamen Krankentage auf je 100 männ-
liche und weibliche Personen: im Jahre 1888: 555,6 und 508,3,
im Jahre 1907 aber 788,7 und 883,1. Obwohl anfänglich auf
das weibliche Geschlecht weniger Krankentage kamen als auf
das männliche, hat sich dieses Verhältnis allmählich umgekehrt
gestaltet. Das ist in der Hauptsache dadurch zu erklären, daß
die Frauen immer mehr in das Erwerbsleben hineingezogen
werden, und zwar auch in solche Berufsweige, denen ihre
Überkonstitution nicht gewachsen ist. — Die durchschnittliche
Dauer eines mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheits-
falles betrug im Jahre 1907 bei sämtlichen Mitgliedern 19,6,
von 1888 auf 1907 stieg sie bei den männlichen Mitgliedern
von 16,6 auf 18,5 und bei den weiblichen von 17,7 auf 23,4 Tage. Im
Folge ist die Dauer der Krankheit mit 17,8 Tagen bei den
Betriebskranken und mit 20,7 Tagen bei den Ortskranken.
— Ueber die Krankheitsarten gibt die — besser aus-
gestaltete Berliner Krankentagestatistik Auskunft. Demnach sind
beim weiblichen Geschlecht 16,8 Prozent sämtlicher Krankheits-
fälle auf „Erkrankung des Unfalls (Unfall, Verletzung)“ und
11,6 auf „Krankheiten“ zurückzuführen. Beim männlichen
Geschlecht sind diese Ertragsunfälle seltener; dagegen erkranken
dieses am häufigsten infolge äußerer Einwirkung (Unfall, Ver-
letzung, Verhütung). Fast ein Viertel aller Ertragsunfälle
der Männer entfallen hierauf. Die Krankheiten der Atmungs-
organe, des Verdauungsapparates und Infektionskrankheiten
treten bei beiden Geschlechtern gleich stark auf. — Welchen

ungeheuren Einfluss die Wohnlichkeit und die Luftverhältnisse auf die Krankheitshäufigkeit ausüben, geht daraus hervor, daß auf 1000 Arbeiter in Berlin 1164 Krankheitsfälle, in Westpreußen aber nur 646 und in einem Thüringer Staat gar nur 354 kommen. — Die Statistik entwirft im allgemeinen kein günstiges Bild von den Gesundheitsverhältnissen der Arbeiter. Diese haben daher alle Ursache, für Verbesserung der hygienischen Verhältnisse zu wirken.

Vermischtes.

Am Grabe tot hingeführt. Heidelberg, 4. August. Bei der Beerdigung des Geheimrats Adolf Hausrat brach der Geheimrat Professor der Theologie Albert Marx, als er den Kranz der Fakultät am Grabe niederlegen wollte, tot zusammen.

Der Blitz im Zuge. Krefeld, 4. August. Bei einem heftigen Gewitter schlug der Blitz in einen Zug der Kleinbahn Krefeld-Düsseldorf. Zwei Wagen sind verbrannt.

Drei Knaben ertrunken. Fosen, 4. August. Im Dorfe Eberhardslust bei But ertranken drei 9- bis 15-jährige Söhne eines Besitzers, die mit einem Wagen in den Dorfteich fuhren.

Mordversuch. Frankfurt a. M., 4. August. Wegen Mordversuch wurde der 25 Jahre alte stellenlose Bäckergehilfe Johann Bauer verurteilt. Er hatte gestern seine frühere Braut, die das Verhältnis mit ihm gelöst hatte, überfallen und durch Schläge mit einem Stein schwer verletzt. Das Mädchen mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Der Brand auf der Vogelwiese. Dresden, 4. Aug. Der Gesamtgast bei der Brandkatastrophe auf der Vogelwiese wird auf mehrere Hunderttausend Mark geschätzt. Ein starkes Bombenrauschen machte die mächtige Brandfront mit einer hohen Breitenfront ein, da mit dem Wiederaufbau sofort begonnen wird.

Mord. Leipzig, 4. August. Der Oberregierungsrat von der Kreisbauernschaft Leipzig, Freiherr v. Wöhrmann, ist heute morgen in seinem Gartenhaus ermordet aufgefunden worden. Die Schüsse waren von dem Regierungsrat zertrümmert. Der Mörder des Freiherrn v. Wöhrmann ist ein Strolch namens Georgi, ein früherer Zimmermann. Er wurde verhaftet und ins Polizeigewahrsam zu Gaidich eingeliefert. Die Wohnung des Ermordeten, der in seiner Villa zu Brödel zu wohnen pflegte, ist ausgeraubt worden, so daß man es mit einem Raubmord zu tun hat. Nach einer anderen Version soll der Hausmann des Herrn Wöhrmann der Mörder sein.

Kinder als Diebe. München, 4. August. Eine eigenartige Erklärung haben die Diebstähle im Münchener Hauptpostamt gefunden. Dem „Münchener Tageblatt“ zufolge sind die Diebe die Söhne von Zollbeamten, Knaben im Alter von 11 bis 12 Jahren, die das Postamt als Hauptquartier für ihre Raubereien benutzten und sich aus den dortigen Vorräten verproviantierten. Als sie auch das unter Zollverschluss liegende Champagnerlager angriffen, kam ihr Treiben heraus.

Genidatze. München, 4. August. In der Münchener Garnison sind in den letzten 14 Tagen sechs Fälle von Genidatze vorgekommen, von denen zwei tödlich verlaufen sind. Auch eine 58-jährige Sprachlehrerin ist im Krankenhaus an der Genidatze gestorben.

Ein eingesperrter Postmeister. Stuttgart, 4. August. Ein raffinierter Krimineller hat sich in dem württembergischen Städtchen Weisingen ereignet. Diebe sperrten den dortigen Postmeister in seiner Wohnung ein, raubten aus der Postkassette 8200 Mk. und flüchteten.

Kampfsuchtige Geistes. Budapest, 4. August. Im Hafen von Nagasacki kam es zwischen 400 kroatischen Geisteskranken, die an dortigen Eucharistischen Kongress teilnahmen, und Italienern zu einem heftigen Zusammenstoß. Die Gegner bewarfen einander mit Steinen und Schüssen. Durch das Einschreiten der Polizei wurde die Ruhe wieder hergestellt.

25 100 000 Lire für die Opfer des Erdbebens. Rom, 4. Aug. Die hiesigen Blätter veröffentlichen Einzelheiten über die Verteilung der Unterstützungsgelder an die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Calabrien und Sizilien. Die gesammelte Summe beträgt 25 100 000 Lire, welcher Betrag bis auf 125 000 Lire verteilt worden ist.

2000 Gebäude beschädigt. New York, 4. August. Die Baubehörde der Stadt New York konstatiert, daß 2000 Gebäude durch das Erdbeben beschädigt worden sind, außerdem sei ein großer Teil der Stadt noch nicht inspiziert. In Acapulco dauern die Erdstöße fort.

Der Kaplan als Muttermörder. Man schreibt der Wiener „Arb.-Ztg.“: Der Kaplan Joseph Schenig in Politz hat vor ein paar Tagen seine Mutter umgebracht. Das war einmal ein Mord oder Totschlag, zu dem die „Neue Zeitung“ kein Bildel anfertigen ließ. Auch die „Arbeiter-Zeitung“ hat aus der schrecklichen Sache kein großes Weiden gemacht, weil sie weiß, daß in jeder Branche Verbrechen aus Leidenschaft geschehen, unter den katholischen Geistlichen gerade so wie unter den Gastwirten, Schuftern und Ärzten. Aber einige Betrachtungen ist dieser Muttermord schon wert. Die mährischen Zeitungen berichten, daß der Kaplan aus der katholischen Kirche austraten und seine Geliebte heiraten wollte. Die Mutter des jungen Geistlichen, eine bigotte Person, war darüber ganz aus dem Häusel und drohte, sich umzubringen, wenn ihr Sohn das tue. Da schoß der Kaplan die Mutter nieder und dann sich selbst. In seiner Tasse fand man die Brüste der Braut! So fürchterlich das Verbrechen des Kaplans ist, man darf einige Milderungsgründe für ihn anführen; nicht bloß seine Liebe, die offenbar ernst und tief war, ohne jenen heimlichen Zynismus, der so manchem langweiligen Amtsbruder des Verstorbenen eignet. Er wollte lieber aus der Kirche austraten, als daß er die Geliebte zur — — — Pfarrers- tochter erniedrigt hätte! In diese Lebensfragen der zwei jungen

Menschen mangelte sich nun die Mutter ein, eine Mutter, die schon einmal über ihr Kind grauam verfügt hatte, damals, als sie es aus dem blühenden Leben austrieb und der Kirche gab! Wann muß denn so ein Landkind gewöhnlich Priester werden? Wenn die Mutter irgendwas „führen“ will! Um das eigene vermeintliche Seelenheil zu erreichen, wird das willenslose Kind, der törichte Jüngling der Kirche verlobt. Kein Zweifel, schon in solcher Verfügung liegt eine tragische Schuld, aber sie wächst ins Doppelte, wenn der Mann, den seine Liebe, seine Zukunft, sein krautreiches Leben aus dem Böhmbat herausdrängt, durch den eifernden, drohenden Willen einer Mutter in seine falsche Bahn hineingezwungen werden soll. Tragische Verhältnisse solcher Art zwischen einem nach dem Leben verlangenden Priester und einer unerbittlich auf ihr Seelenheil erpichten Mutter sind in katholischen Ländern typisch. Eine Mutter wollte das Leben des blühenden Sohnes opfern — da opierte der Sohn die Mutter und legte zur Sühne Hand an sich. Dieser junge Mann, der die Brüste der Braut im geistlichen Gewand trug, bezahlte den Böhmbatz mit seinem Leben. Ein frivoler Veranlagter hätte sich zu helfen gewußt. Der wäre abends „als Schauspieler“ in die dunkelsten Großstadtgassen gelaufen und hätte sich erleichtert. Oder er hätte die Geliebte ligurisch auf übergeben gewußt und mit ihr „in Seelenreine“ heimlich genossen. Das Böhmbat schadet den gemeinen Schlämmern nicht, die sich zu helfen wissen; aber gerade die ersten, die reinen, die jüdischen Naturen, die vernichtet es! —

Die „Jagd“ auf Viebspaare. Aus Troppan in Oesterreich-Schlesien wird geschrieben: Der der Bezirksbauernmannschaft Treibstadt zugehörige Landesregierungsinspektor Dr. Ottomar Fischer unternahm kürzlich in Gesellschaft einer Dame aus Troppan einen Ausflug in die Gegend der Annatappe bei Jastar, als plötzlich ein ansehnlicher geistesgestörter Mann mehrere Revolverkugeln auf Dr. Fischer abfeuerte. Fischer wurde im Gesicht und an der rechten Brustseite nicht unerheblich verletzt. Nach der Tat ergriff der Geistesranke die Flucht. Dr. Fischer, der infolge des starken Bluteschusses zusammengebrochen war, schleppte sich mit Hilfe seiner Begleiterin bis in die Nähe von Jastar und mußte schließlich in das Landeskrankenhaus in Troppan gebracht werden. Bald darauf traf beim dortigen Polizeiamt vom Amtsvorsteher in Bauernwisch die Meldung ein, daß sich in Jastar ein Mann unter der Selbstbestätigung gestellt habe, jedoch einen Herrn erschossen zu haben. Er gab an, der frühere Postassistent Joseph Fieweger zu sein. Ueber den Beweggrund der Tat betraut, erklärte er, daß er es sich zur Aufgabe gestellt habe, auf Viebspaare Jagd zu machen. Fieweger hat als Postbeamter im Ostrauer Bezirk vor etwa zwei Jahren die Gattin seines Vorgesetzten Postmeisters mit einem Hammer erschlagen. Er wurde damals verhaftet, konnte aber nicht vor Gericht gestellt werden, da sich inzwischen Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit ergeben hatten; er wurde einer Anstalt überwiesen, wo er nach längerer Beobachtung für geisteskrank erklärt wurde. Er wurde dann in Troppan ansehnlichen Vater, einem Fabrikanten, übergeben, der sich verpflichtet, seinen Sohn unter ständiger Aufsicht zu halten. Der Kranke wird jetzt dauernd in einer Irrenanstalt interniert werden. Das Opfer des Mordes, Dr. Fischer, wurde im Krankenhaus operiert; man hofft, ihn trotz seiner schweren Verletzungen am Leben zu erhalten.

Die neue Montblanchbahn. In diesen Tagen wurde der erste Teil der neuen Montblanchbahn dem Betrieb übergeben. Damit ist eine Teilstrecke des großen Werkes fertiggestellt, das erst in mehreren Jahren vollendet sein wird. Nachdem mehrmals Projekte aufgetaucht waren, den höchsten Berg Europas durch eine Bahn allen Bergsteigern leicht zugänglich zu machen, kam nach mannigfachen Erwägungen der Plan zur Ausführung, den der Ingenieur Duppont sein Kollegen ausgearbeitet hatte. Die Anregung ging von dem französischen Ingenieur Jaber aus, der die Ansicht hatte, bis in eine Seehöhe von 2500 Metern eine offene Bahn zu führen und von da ab die Strecke in zwei Abschnitten weiter zu leiten. Der untere Tunnel sollte mit großer Steigung bis zu einer Höhe von 3800 Metern gebaut werden und etwa 5 1/2 Kilometer lang sein. Eine zweite Tunnelstrecke sollte dann bis zu 4580 Metern führen, bis 230 Meter unter die Spitze des Montblanc, die dann auf einer Seilbahn erreicht werden sollte. In abgeänderter Form wurde nun das Bahnprojekt ausgeführt, das elektrischen Betrieb vorsieht und von der Bahn ausgeht, die über Le Fayet nach Chamoni führt. Von Le Fayet zieht die Linie am Südhang gegen das Biognanthal, um dort in Col de Volga in einer Höhe von 1700 Metern vorläufig zu enden. Sie wird von da an über Mont Lachat vielleicht schon im kommenden Jahre dem Verkehr übergeben werden, weil sie bis in eine Seehöhe von 2300 Metern nahezu völlig fertig ist. Von da ab beginnt der große Tunnel gegen die Aiguille du Gouter. Mehrere Stationen, die in Höhenabständen von 500 bis 600 Metern liegen, werden wie bei der Jungfrauabahn Ausflüge nach allen Seiten in die Gletscherwelt des Montblanc ermöglichen. Schon während der Fahrt in die höheren Regionen werden durch ausgedehnte Galerien die Reisenden die Schönheiten des prächtigen Alpenpanoramas bewundern können. Allerdings wird es noch viele Jahre dauern, bis die Bahnstrecke so weit fertig ist, weil die Tunnelarbeiten lange Zeit beanspruchen. Bisher steht es noch nicht ganz fest, wie die Bahn in Seehöhen gegen 4000 Meter und darüber ausgeführt werden wird, weil verschiedene Pläne vorliegen. Der eine sieht vor, die Bahn von 3865 Metern an durch einen einzigen großen Tunnel zu führen, der fast 1000 Meter ansteigen soll. Er soll wegen der Stärke des Gletscherfeldes ungefähr 70 Meter tief im Gestein angelegt werden, und nach einem anderen Projekt auf dem Gletscher in 4300 Metern eine Zwischenstation erhalten. Ueberdies würde nach dieser Anordnung die Bahn von da im Felsen ein wenig absteigen, um dann neuerlich bis 4600 Meter anzukommen. Dort würde auf dem Petit Rochers Roux die Endstation angelegt werden, von der aus eine Drahtseilbahn zum Gipfel führen wird. Der Fahrpreis soll 40 Franc betragen, die Baukosten werden sich auf 180 Millionen Franc belaufen.

Von der Luftschiffahrt.

Frankfurt a. M., 4. August. Während der Nacht wurde der Zeppelinballon von einer Kompanie des 81. Regiments und einer Batterie des Bodenseer Feldartillerie-Regiments bewacht. Heute morgen war man mit dem Nachprüfen der drei noch am Luftschiff befindlichen Propeller beschäftigt. Die alle tadellos funktionierten. Das Aufhängestück, in dem Welle und Propeller ruhen und das beim Abfliegen des Propellers verbogen wurde, war heute früh bereits ammontiert. Obwohl die Abfahrt morgen früh beabsichtigt ist, ist es möglich, daß eine Verzögerung um einige Tage eintreten kann.

A 6 L n, 4. August. „3. 11“ steigt laut „Rfm. Volksztg.“ morgen früh 4 Uhr zur Weiterfahrt nach Köln auf und wird um 11 Uhr vormittags voraussichtlich hier eintreffen.

O 6 L n d e, 4. August. Der belgische Luftschiffer de Caters ist mit seinem Doppeldecker nach Frankfurt a. M. abgereist, wo er Flüge ausführen wird. Er konnte wegen der anhaltenden schlechten Witterung seine beabsichtigten Flüge in Ostende nicht zur Ausführung bringen.

M e a u r, 4. August. Das lenkbare Luftschiff „Republique“ unternahm heute morgen 11 Uhr verschiedene Flugversuche in der Nähe der Stadt. Es fuhr schließlich in nordwestlicher Richtung ab. Die Manövrierfähigkeit des Fahrzeuges ließ nichts zu wünschen übrig.

Letzte Nachrichten.

A i e l, 5. August. Die seit mehreren Wochen streikenden städtischen Arbeiter haben sich zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen bereit erklärt. Die von ihnen gewünschte Wiedereinstellung aller Streikenden ist ausgeschrieben, da 200 Stellen durch neue, fest angestellte Arbeiter besetzt sind.

B e r l i n, 5. August. Die Katastrophe auf der Radrennbahn im alten botanischen Garten hat gestern ein weiteres Menschenleben gefordert. Im Elisabeth-Krankenhaus ist gestern abend der Diener Christian Schmidt seinen bei der Katastrophe erlittenen Verletzungen erlegen. Er hatte doppelte Beinbrüche erlitten. Eine hinzugezogene Blutvergiftung führte den Tod herbei.

B e r l i n, 5. August. Eine stark beachtete Versammlung der Schlosserinnungen von Berlin und Charlottenburg und des Arbeitgeberverbandes für das Schlossergewerbe, die gestern abend tagte, beschloß mit 92 gegen 33 Stimmen am Sonnabend dieser Woche, abends, alle an der gegenwärtigen Lohnbewegung beteiligten organisierten Schlosser auszusperrten, falls bis Freitag abend nicht der deutsche Metallarbeiterverband die Streiks bei den Geldstrafanstalten und einzelnen Baugeldereien aufgehoben hat. Würde die Aussperrung in Kraft treten, so wird der Lohnkampf der Berliner Schlosser etwa 6000 Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen.

B e r l i n, 5. August. Von den Rechtsbeiständen des Fürsten Eulenburg wird mit Bezug auf die von verschiedenen Blättern gebrachte Meldung von einer neuerlichen Reise des Fürsten mitgeteilt, daß das Verbot des Fürsten nicht derartig ist, daß er jetzt eine Reise unternehmen könne. Er liegt zurzeit im Bett. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß der Fürst, entgegen anderweitigen Meldungen, jetzt nicht in der Lage ist, Memoiren zu schreiben und überhaupt nicht die Absicht hat, solche zu schreiben.

D r e s d e n, 5. August. Das Landgericht fällt gestern das Urteil gegen die Witwe Lehmann, die als Baronin von Münchhausen viele Hochstapeleien verübte und gegen ihren Geliebten, den Mörder Köhnen. Das Urteil lautete gegen die Angeklagte Lehmann auf 5 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Ihr Geliebter erhielt 1 Jahr 10 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

M ü n c h e n, 5. August. Das bayerische Verkehrsministerium hat beschlossen, die ihm zur Elektrifizierung der bayerischen Staats-eisenbahnen zur Verfügung gestellten großen Wasserkräfte vorläufig nur in beschränktem Maße auszunutzen. Für das Kraft-werk am Walchensee kommt zunächst nur in Betracht die Linie Garmisch-Partenkirchen und der Vorortverkehr München-Garmisch. Die vom Verkehrsministerium revidierten Wasserkräfte werden sogleich bekannt gegeben werden.

P e t e r s b u r g, 5. August. Die Zurückziehung der russischen Truppen aus Persien ist beschlossene Sache und wird Mitte August erfolgen. Der entthronte Schah hat seine Abreise aus Persien um einige Tage verschoben, da die Frage seines Immobilienbesitzes noch nicht geklärt ist. Der Schah erklärte sich bereit, seine Schulden persönlich zu tilgen, wenn man ihm seinen Landbesitz lasse, der jährlich 800 000 Rubel abwirft.

K o n s t a n t i n o p o l, 5. August. Hier weilende Abgeordnete des türkischen Tripolis erhielten Befehlen, nach denen das Dorf Tichaneh vorgerufen von französischen und italienischen Kolonial-Truppen besetzt worden sei, die sich gegenseitig aufforderten, das Grenzgebiet zu räumen. Beide behaupten, die Station gehöre ihnen. Der Großwesir gab dem Generalgouverneur sofort Befehl, Truppen zu entsenden, um einen französisch-italienischen Zusammenstoß auf türkischem Gebiet zu verhindern.

Briefkasten der Redaktion.

R h e d a. 1. Julius Kindermann, Schilbesche, Heerestr. 41. 2. Der Garmischtag ist kein gesetzlicher Feiertag, für die katholische Kirche nur strenger Fasttag, für die evangelische Kirche ein hoher Feiertag mit vollstündiger Arbeitsruhe. Im übrigen wird über die äußere Heiligung auch des Garmischtags in der Regierungs-Verordnung bestimmt. Am Garmischtag ist in den Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung die Werktagsarbeit (auch die gewerbliche Tätigkeit — § 105a ff. der Reichsgewerbeordnung) sofern und soweit sie bisher herkömmlich bestanden hat, auch ferner erlaubt. Jedoch sind auch in diesen Gemeinden öffentlich bemerkbare oder geräuschvolle Arbeiten in der Nähe von dem Gottesdienste geweihten Gebäuden verboten. Es handelt sich hier um die bekannte Versammlungsordnung.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück.

Mitglieder-Versammlungen:

- Ortsgruppe Quelle.** Sonnabend, 7. August. Tagesordnung: 1. Bericht von der General-Versammlung. 2. Vorschläge für die Bevollmächtigten.
- Ortsgruppe Verentrop.** Sonnabend, 7. August, abends 9 Uhr, im Vereinslokal.
- Ortsgruppe Schildesche.** Sonnabend, 7. August, abends 9 Uhr, im Lokale des Wirts Lücking. Tagesordnung: 1. Vorschläge für die Bevollmächtigten. 2. Bericht von der Generalversammlung.
- Ortsgruppe Sieker.** Sonnabend, 7. August. Tagesordnung: 1. Erster Vortrag des Genossen Hoffmann über Kulturentwicklung. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung. 3. Bericht und Abrechnung des Vorstandes. 4. Vorschläge für die Bevollmächtigten. 5. Kommunales.
- Ortsgruppe Stieghorst.** Sonnabend, 7. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Klemme. Tagesordnung: Vorschläge für die Bevollmächtigten und Revisionen.
- Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitglieder-Versammlungen zu erscheinen. Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Polizei-Verordnung betreffend

den Anschluß der Grundstücke an die städtische Wasserleitung. Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird nach Zustimmung des Magistrats mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten für den Bezirk der Stadt Herford folgende Polizei-Verordnung erlassen:

§ 1. Jedes bebauten Grundstück muß, sobald die Straße, an welcher es liegt, mit einem Wasserleitungsrohr versehen wird, an die Wasserleitung angeschlossen werden.

Die Verpflichtung hierzu liegt dem Eigentümer und dem Abnehmer des Grundstücks ob.

Ausnahmen von der Anschlußpflicht können von der Polizei-Verwaltung einzelnen Grundstückseigentümern und Abnehmern auf Widerruf bewilligt werden.

§ 2. Die Wasserleitungsanlagen sind nach Maßgabe der bestehenden und ergebenden Vorschriften auszuführen.

§ 3. Den Beamten der städtischen Betriebswerke muß zu jeder Tageszeit der Zutritt zu den Wasserleitungsanlagen zwecks Revision gewährt werden.

§ 4. Uebertretungen vorstehender Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haftstrafe geahndet.

§ 5. Die Polizei-Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Herford, den 23. April 1909. Die Polizei-Verwaltung. a. d. Dr. Geh.

Bekanntmachung.

Feuerwehrmänner, die noch im Besitz von der Stadt gelieferten Feuerwehrmützen und Armbinden sind, werden hierdurch aufgefordert, dieselben innerhalb 8 Tagen auf der hiesigen Polizeiwache abzuliefern.

Herford, den 28. Juli 1909.

Die Polizei-Verwaltung. Buße.

Extrablatt des „Simplicissimus“

Der neue Kanzler.

Preis 15 Pfg.

Vorrätig in der Buchhandlung „Volksrecht“, Bielefeld.

Rechnungs-Formulare

liefert prompt in sauberer Ausführung. Buchdruckerei „Volksrecht“.

Abonnement

für Bielefeld und Um-
gebung bei sämtlichen
ins Haus gebracht 60
Pfg. Durch die P.
1,80 Mk. vierteljähr-
lich. Bestellen
Einzelnummer 1

Ercheinung
mit Ausnahme der
Feiertage täglich n

Preisprophet-Anschluß

Nr. 181

Die heutige

Der Gen

Stockholm, 250 000 zu schätzen.
stänb. Die Str-
haben sofort die V-
laut Beschluß der
teilnehmen sollten.
die Verlegung von
werke. Heute, am
Zurückziehung des
die Betriebe verla-
Die Buchdrucker-
teilnehmen sollten
halten, verhandeln
den Buchdruckere-
ist wahrlich ein
schließen werden.
Die Eisenbahne-
men worden sind,
solange abwartend
merklichen Gen-
Mitglied und W-
Gewerkschaftscentro
von 175 000 Kronen
Auch die Toten-
In den Strab-
massen angelam-
Man sieht keine 2

Vol

Fürst Bülow,
vereine. Die Evan-
den Fürsten Bülow-
geden ernannt. Nur
ihm zugewandt:
Seine Durchlaucht
als vierter Kanzler
tündiger Hand das
Frieden gewahrt, d-
ten Ausgleich zwisch-
angestrebt und sich
Arbeiterbewegung,
ernannt in der Na-
chuh des Gesamt-
Deutschlands hierm-
worüber wir diese
Bülow, der ag-
der Organisation
Satire hätten die
fertigbringen könne
richtiger Selbsterle-

Verammlungs-
Polizeibehörde kan-
Reichsvereinsgesetz
Der Bezirk Gra-
wollte Dienstag ab-
Vortrag über „Ar-
zu der für den Be-
schien zum größten
beamtet. Von be-
gemacht, daß die Be-
sondern eine Mitgl-
Votum zu verlassen,
seiner Behörde hat
geschlossen, die Verla-
Polizeibehörde ein-
Das Reichsvere-
hörde nicht zu er-
die Verammlungen
die nicht allgemeine
daß die Polizei jeht
Beamtet entsendet.

Zum Gesche ü-
Novelle in Vorber-
dem Reichstage zu-
In der neuen V-
englischen Gesetzgeb-
angehörigkeit nicht
Inhaltsmeldungen, die
sind, wenn sie ihre
festigt werden. Die
seit durch frühere
ineinlich erleichtert

Eine Million 2
Million von Inval-
erreich. Nach dem
dieses Jahres 877 2
Krankentrentner, zu
Invalidentversicherung
versicherung ist am
nach 18 1/2 Jahren d

Der Abgeordnete
vereine. In der „E-
Behrens mit seinen
Vorwürfe, die gegen-
ratung der Reichst-
er sei nicht gewöh-
sondern als Parteie-
Dann macht er
die er nicht übel
ihren Aufgaben in
tische Situation nicht
gewissen Sauerhand-
ten, der funktionell
Man braucht de-
tief man ihn auch
muß doch sicher die